



# Mitteilungs-Blatt

Des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3097.

Nr. 18.

Berlin, den 4. August 1918.

13. Jahrgang.

## Offene Feinde und falsche Freunde des Sozialismus.

Berlin, den 30. Juli 1918.

### Ein Auserständerer.

Der „Vorwärts“ hat dieser Tage an die letzte große Friedensdemonstration der Berliner Arbeiter vor Ausbruch des Weltkrieges erinnert. Er nennt jenen 28. Juli 1914 einen Ehrentag der Berliner Arbeiter und meint, diese könnten mit tiefer Genugtuung an diesen Tag zurückdenken. Wir, die wir mit der Stimmung der großen Mehrheit der sozialistischen Arbeiterschaft Groß-Berlins besser vertraut sind als die derzeitigen Herren im „Vorwärts“ — sie haben ja in der Hauptsache mehr mit der Organisationsbürokratie als mit der eigentlichen Arbeitererschaft Fühlung —, können feststellen, daß bei den denkenden Arbeitern von Genugtuung nicht viel zu spüren ist. Destomehr aber von bitterem Ingrimm. Denn sie wissen, daß dem 28. Juli der 4. August folgte, der Tag, an dem die leitenden Faktoren der deutschen Arbeiterpartei auf ein „Sichaufbäumen gegen das Schicksal“ verzichteten. Der Friedensdemonstration vom 28. Juli folgte die von den Instanzen verkündete Harmonieparole, die Festlegung auf den „Burgfrieden“ und die weiteren unzähligen Sünden gegen den Geist des proletarischen Emanzipationskampfes. Mit „Genugtuung“ hat das nicht das mindeste zu tun. Selbst unter den Arbeitern, die bisher gläubig dem sozialpatriotischen Evangelium gelauscht haben, regen sich jetzt Zweifel und Unzufriedenheit mit den Führern, deren politischen Praxis zu Beginn des fünften Kriegesjahres noch genau dieselbe ist wie vor vier Jahren.

An so manches, was damals geschah, wollen die Herren nicht gern erinnern sein. Die Tatsache ist aber nicht aus der Welt zu schaffen, daß viele von ihnen ergriffen waren von dem damaligen Harmoniefieber. Dafür zeugen zahllose Zeitungsartikel in der Partei- und Gewerkschaftspresse, das beweisen die schönen Harmoniebücher, die die Scheidemann, Schulz, Legien, Winnig und wie sie alle heißen, im Verein mit konservativen, liberalen und klerikalen Politikern geschrieben haben. In jener Zeit konnte man auch in der regierungssozialistischen Presse mehr als einmal lesen: „Jetzt, da es keine Parteien, sondern nur noch Deutsche gibt, hat auch der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie für immer das Zeitliche gesegnet. Jetzt, wo die deutsche Sozialdemokratie durch die Tat bewiesen hat, daß sie das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich läßt, ist der Reichsverband tot, mausetot, und niemals wird es für ihn ein Auferstehen geben.“

Richtig ist, daß zu Anfang des Krieges besagter Reichsverband eine Zeitlang die Bude zugemacht hat. Oder richtiger: Er hat vorübergehend das offene Ladengeschäft geschlossen, hinten in seiner Werkstatt ist er aber desto fleißiger gewesen. Die wenigen Sozialdemokraten, denen von vornherein klar war, daß der Kriegsturm die bestehenden Klassengegenstände nicht vertreiben, wohl aber vertiefen und verstärken werde, glaubten nicht an das selbige Ende des Reichsverbandes. Die Entwicklung der Dinge hat hier wie in so vielen anderen Fragen ihrem Skeptizismus Recht gegeben. Dieser Tage mußte der „Vorwärts“, dessen derzeitige Inhaber gerade um ihrer burgfriedlichen Gesinnung willen in den Besitz des Blattes gekommen sind, folgenden Aufruf des totgesagten Reichsverbandes bekannt geben:

Berlin SW. 11, im Juli 1918.  
Dessauer Str. 30.

Guer Hochwohlgeboren!

Die Hochstimmung des ersten Augusttages des Jahres 1914 ist bei der langen Dauer des Krieges verfliegen, Verbitterung herrscht in weiten Schichten

des deutschen Volkes. Der Gedanke, die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die doch mit uns um Leben und Sein kämpft wie alle übrigen Volksglieder, durch fortwährende Zugeständnisse bei guter Paune zu erhalten und sie für die Erfüllung ihrer einfachen Pflicht zu belohnen, trägt unheilvolle Früchte.

Das deutsche Wirtschaftsleben, das durch verfehlte staatssozialistische Maßnahmen schon genug geschädigt ist, geht nach dem Frieden schwereren Erschütterungen entgegen. Heftige Lohnkämpfe nach dem Kriege sind zu erwarten. Die Beschränkung ist nicht von der Hand zu weisen, daß der nächste Reichstag die Durchführung des bewährten Bismarckschen Grundgesetzes „des Schutzes der nationalen Arbeit in Stadt und Land“ nicht mehr gewähren wird. Dann würden Reichstagsauflösungen sich häufen, wenn die bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden obigen Grundgesetzes stehen, sich nicht erfolgreich zusammenschließen, um der roten Flut einen Damm entgegenzusetzen.

Da gilt es, beizeiten zu rüsten, um die drohenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfe bestehen zu können.

Der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ muß abermals, wie vor den Wahlen des Jahres 1907, eine umfassende und großzügige Aufklärungsarbeit in die Hand nehmen. Dazu bedarf er erheblicher Mittel und ist am Werke, um diese Arbeit leisten zu können, einen Wahlzettel zu sammeln. Wollen wir nicht russischen Zuständen entgegensehen, wird Opferwilligkeit zur rechten Zeit unerläßlich sein, um den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft zu verhüten.

Wer die Zeichen der Zeit erkennt und dafür ist, daß mit der Fackel der Wahrheit in die weitesten Volksteile hineingeleuchtet wird, um schwere Schädigungen des Volksganges zu verhüten, setzt sich dem späteren Vorwurf nicht aus: Du hättest rechtzeitig das Deine dazu beitragen können, die drohende Gefahr abzuwehren.

Wir richten daher an Ew. Hochwohlgeboren die dringende Bitte, zu unserem Wahlschatz nach Kräften beizusteuern, um darauf hinzuwirken, daß nicht die ideo Gleichmacherei proletarischer Masseninstinkte auf den Trümmern der bürgerlichen Gesellschaft und unserer Wirtschaftsordnung die Welt regiert.

Wir sind im Verteidigungskrieg gegen den sozialdemokratischen Angriff. Zum Krieg führen gehört aber Geld, Geld und nochmals Geld! Wir hoffen, daß unser Appell an Ihre oft bewährte Opferwilligkeit auch diesmal nicht vergebens sein wird und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung  
ergebenste

Hauptstelle

des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Der Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Virkl. Geh. Rat Graf von Arnim, M. d. S.,  
Muskau.

Oberleutnant a. D. Graf von Blücher, Rostock.  
General d. Inf. z. D. von der Voed.

Virkl. Geh. Rat von Dirksen, M. d. S.,  
Gröbzigberg.

Landrat a. D. Graf zu Dohna, Potsdam.

Landrat a. D. Dr. von Goplar, M. d. A.,  
Schäß bei Gubrau.

Geh. Justizrat Haarmann, M. d. A., Dortmund.

Sonditus Hirsch, M. d. A. u. A., Essen.

Generaldirektor Reg.-Rat a. D. Kleindorf,  
Schloß Waldenburg.

General d. Inf. z. D. von Liebert, M. d. A.,  
(1. Vorsitzender), Berlin.

Fürst von Pleh, M. d. S., Fürstenstein.

Direktor Dr. Ruhnau, Berlin.

Landrat a. D. Rötger, M. d. A., Berlin.

Geh. Reg.-Rat Dr. Schmidt, Berlin.

Geh. Kommerzienrat Borster, M. d. A., Köln.

Landgerichtsdirektor Dr. Wagener, Dresden.

Der Aufruf ist in aller Stille an die kapitalistischen und reaktionären Interessenten verhandelt worden in einer Zeit, in der die Zeitungen alltäglich in auffallendem Druck Mahnungsnotizen in ihren Texten einschoben, die „Einheit der Heimatfront“ unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Da macht sich eine solche Kampfanlage gegen alles, was Sozialismus heißt, besonders nett. Wir regen uns darüber nicht sonderlich auf. Wir mußten

schon längst, daß unter der Decke der patriotischen Phraseologie der Klasseninstinkt der Kapitalisten und Reaktionäre lustig weiterwuchert und daß diese Herrschaften mit weit mehr Klarheit und Energie ihre Klasseninteressen verteidigen, als es gewisse Sozialisten und Arbeiterführer für das proletarische Klasseninteresse tun. Das wissen die Macher des Reichsverbandes auch recht gut. Darum bieten sie ihre politischen Landsknechtsdienste der zahlungsfähigen Kundschaft an. Wie der Herr General von Liebert einst seine ostafrikanischen Askaris den Buschkrieg führen ließ, so will er jetzt die journalistischen und agitatorischen Askaris des Reichsverbandes gegen die Arbeiterbewegung ausschütten lassen. Aber Landsknechtsheere werden nur mit Geld zusammengehalten. Daher der Appell an die feuerfesten Geldschränke der Großkapitalisten und Großagrarien. Die Herren werden sich der Mahnung nicht verschließen. Ihr feines Klassengefühl sagt ihnen, daß die „proletarischen Masseninstinkte“ eine sehr gefährliche Sache sind, ganz besonders nach den Erschütterungen des Weltkrieges. Die Reichsverbandsherolde wissen daher auch ihre Kundschaft an der empfindlichen Stelle zu packen. Sie verweisen mit Geschick auf die „staatssozialistischen“ Maßnahmen, die zwar herzlich wenig vom Geiste unseres Sozialismus an sich haben, den Industriemagnaten und Grundherren aber ein Greuel sind. Der Hinweis auf die „heftigen Lohnkämpfe nach dem Kriege“ zeigt deutlich, daß die kapitalistischen und reaktionären Elemente ganz genau wissen, daß der Arbeiterschaft ein Notfrieden bevorsteht, der ihnen den Kampf gegen das Kapital aufzwingt. Für diesen Kampf will der Reichsverband schon jetzt die Waffen liefern. Vor allem sind es aber „die russischen Zustände, die in dem Aufrufe als Schreckgespenst vorgeführt werden.“

Wir sind sicher, der auserständerne Reichsverband wird „Geld, Geld und nochmals Geld“ zur Genüge erhalten. An Mammon für seinen Verleumdungsfeldzug wird es ihm nicht fehlen. Aber sein Appell an den Geldsack der Besitzenden ist gleichzeitig eine Fanfare für die Arbeiterklasse. Möge sie die Müden, Tragen und Verdrossenen aufrütteln.

### Arbeit für den Reichsverband.

Es ist ein Verdienst des „Vorwärts“, den Aufruf des Reichsverbandes an das Licht der Öffentlichkeit gebracht zu haben. Weniger rühmlich ist aber das Begleitwort, das er ihm mit auf den Weg gibt. Nach einigen allgemeinen Sätzen über den Mammonismus und nach einer Jammerarie über die Bruderkämpfe in der Arbeiterschaft sucht er den Aufruf dahin zu erläutern, daß er sich nur „gegen die deutsche Sozialdemokratie“ richte. Die Strömungen, die die Sozialdemokratie „von links her bekämpfen“ — d. h. also in erster Linie die Unabhängige Sozialdemokratie — würden in dem Aufruf „mit Schonung“ behandelt. Und dann wird ein Register der Sünden der Parteiopposition aufgezählt.

Es ist das ein demagogischer Kniff, der nicht zum ersten Male angewandt wird. Die Tatsache, daß die reaktionäre Presse sich mit besonderem Eifer mit Scheidemann und seiner Partei herumschlug, benutzte man von regierungssozialistischer Seite dazu, den urteilslosen Arbeitern zu sagen: „Seht, was sind wir für schneidige Kerle; wir bringen die reaktionären Geister in Wut, von den Unabhängigen dagegen spricht kein Mensch.“ Nach dem gleichen Rezept arbeitet der „Vorwärts“ jetzt bei dem Aufruf des Reichsverbandes.



Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit: Daß die reaktionäre Presse sich mit Vorliebe die Scheidemann auf's Korn genommen hat, ist zurückzuführen: 1. auf die Reklame- und Sensationshabscherei dieser Herren, die als politische Hansdampf auf der Vorderbühne des öffentlichen Lebens herumzappeln; 2. auf den wütenden Haß aller reaktionären Elemente gegen alles, was sich Sozialismus nennt, selbst wenn es sich in der zahlen Form des Kriegs- und Regierungssozialismus präsentiert; 3. ist es eine alte Taktik im politischen Kampfe, den Gegner, den man für besonders gefährlich hält und den man besonders haßt, totzuschweigen, solange es irgend geht. Mit dieser Wangentaktik hat man die alte Sozialdemokratie lange Zeit bedacht, diese Taktik wird jetzt auch gegen die Unabhängige Sozialdemokratie eingeschlagen, und der Regierungsozialismus hilft dabei, was er will, siehe die Parlamentsberichte usw.; 4. aber, und das ist das Wichtigste: die reaktionäre Presse und die reaktionären Politiker hatten bis heute gar nicht nötig, sich in geistige Unkosten gegen die Unabhängige Sozialdemokratie zu stürzen. Wußten sie doch den positiven Kampf gegen unsere Partei in guten Händen. Die reaktionären Zeitungsschreiber wissen sehr gut, daß unsere Partei „jenseits der Linie“ steht, wozu also großes Aufheben von ihr machen.

Es ist also ein plumper demagogischer Kniff, wenn der „Vorwärts“ seine Leser glauben machen will, daß der Reichsverband nur auf die Scheidemann-Partei anstürmen werde. Nein, für diesen wie für die Kreise, die hinter ihm stehen, ist alles, was den Namen sozialistisch mit Recht oder Unrecht führt, in gleicher Verdammnis. Dem ganzen Proletariat gilt der Kampf, am meisten aber sicher der Unabhängigen Partei und all denen, die am Regierungsozialismus irre werden und einen entschiedenen Klassenkampf verlangen.

Gegen diese Gegner steht dem Reichsverbande massenhaft Material zur Verfügung, das ihnen in den letzten vier Jahren von regierungsozialistischer Seite geliefert wurde. Tag für Tag haben die Angestellten des Reichsverbandes geessen und fleißig gesammelt, was ihnen die regierungsozialistische Presse an Anwürfen gegen die Opposition, gegen die Arbeitsgemeinschaft und die Unabhängige Partei geboten hat. Die Zettelkasten des Reichsverbandes über „Landesverrat“, „Agenten des Auslandes“, „Volksfeinde“ usw. usw. werden mit regierungsozialistischem Material vollgepfropft sein. Jede Nummer der Z. N. war für die Reichsverbändler ein gefundenes Fressen.

Wenn jemand auf „Schonung“ durch den Reichsverband zu rechnen hat, so werden es sicher andere Leute sein, als die, die den Regierungsozialismus von links bekämpfen. Wir aber werden sowohl mit dem Reichsverbande wie mit seinen freiwilligen und unfreiwilligen Hintermännern fertig werden.

## M. Gorli

### über die proletarische Revolution.

#### I.

Wenn wir Maxim Gorli im Zusammenhange mit den Ereignissen in Rußland zitieren, so geschieht es selbstverständlich nicht weil und ohne Grund: sein Urteil ist vollkommen einwandfrei und maßgebend ist: wer Gorli die Eigenart seines Talentes, sein glühendes Temperament kennt, hat nie übersehen können über die Schwankungen und Ueberränge, die er trotz seiner tiefen, revolutionären Gefühle und großen Hingabe an die Befreiung des Volkes, in seiner sozialistischen Partei- und Fraktionsorientierung durchgemacht. Diese selben Schwankungen durchlebt er auch jetzt, was sich deutlich aus der Rubrik „Unzeitgemäße Gedanken“ in der er fast wöchentlich in der „Kawala Jidn“ zu den Ereignissen in Rußland Stellung nimmt, ergibt. Aber was ihn von so manchem unterscheidet, ist, daß er trotz der scharfen Kritik, trotz der Verweigerung, die einzelne Vorgänge in Rußland in ihm hervorrufen, das Große und Schöne sieht und schätzt, und trotz alles dessen, was er gegen die Machtausübung der Bolschewiki schreibt, ein spontanes Bedürfnis empfindet, sie und vor allem die revolutionäre Annäherung, die in Rußland vor sich geht, zu verteidigen, auf ihre grandiose Seite hinzuweisen. Es ist wohl überflüssig, hinzuzufügen, daß wir mit so mancher Behauptung oder Einschätzung nicht einverstanden sind — so u. a. mit der Art und Weise, wie Gorli die Frauen idealisiert, was er übrigens selbst einstellt, aber wie idealisiert, das Bemerkenswerteste in der Gorlischen Stellung liegt nicht auf weltlichem Gebiete, sondern auf rein psychologischen.

Am 19. Mai besetzte Gorli eine Reihe von Ausgaben über die merkwürdigen Zustände in der russischen Armee mit folgenden Kommentar.

„Alles das schreibe ich nicht etwa um die Sozialisten zu verteidigen, ich glaube nicht, daß sie verteidigt zu sein brauchen, aber allzu eilig ist es, beobachten zu müssen, wie die Lüge, wenn sie tausendmal wiederholt wird, für so manchen den Anschein der Wahrheit bekommt.“

Die grausame und unparteiische Wahrheit besteht darin, daß die Zerstörung ganz Rußlands und nicht nur seiner Armee begonnen hat, lange bevor die Sozialisten ihre Stimme erheben konnten, und daß jetzt die Geschichte den Sozialisten die Verantwortung für die Miserearbeit der Befreiung und Erneuerung Rußlands auferlegt hat.“

Im selben Blatte, unter demselben Titel, schreibt Gorli einige Tage später:

„Es ist eine ebenso traurige wie augenscheinliche Tatsache, daß die Erscheinungen negativen Charakters ungleich zahlreicher sind als diejenigen durch die der Mensch seine besten Gefühle und edelsten Bestrebungen verwirklicht. Je näher der Sieg unserer Bestrebungen zur Gerechtigkeit, Freiheit, zum Schönen und Großen, um so ekelerregender scheint uns das Tierische und Niedrige, was auf dem Wege zum Menschentum, zum Schönen steht. Bei Sonnenschein kommt das Schmutzige, Veraltete mehr zum Vorschein, allein es kommt oft vor, daß, indem wir unsern Blick darauf konzentrieren was in schreiendem Widerspruch mit unserem heißen Sehnen nach Besserem steht, wir in gewissem Sinne aufhören, die Sonne zu sehen, ihre belebende Kraft zu spüren.“

Daß Rußland sich am Rande des Abgrundes befindet, das haben wir schon vor drei Jahren mit einem Gefühl der Bestimmtheit, der Angst, des Großen angefangen laut zu verkünden, aber auch schon viel früher sprachen wir leise, in einer von der monarchischen Zensur verstümmelten Sprache von dem unvermeid-

lichen Zugrundegehen des Vaterlandes, seit drei Jahren leben wir inmitten dieser Katastrophe; das Geschick über den Untergang des Landes wird immer lauter, immer mehr werden die anderen Bedingungen seiner Existenz als Staat bedroht, immer bemerkbarer — wenigstens so scheint es — wird die innere Zerlegung des Landes und — wenigstens dem Anscheine nach — sollte es schon seit genauer Zeit in den Abgrund der politischen Vernichtung gefallen sein. Bei alledem ist Rußland noch nicht tot und es wird auch morgen noch nicht sterben, wenn wir imstande sein werden, zu wollen. Es handelt sich nur darum, vom Bewußtsein durchdrungen zu sein, daß das Schöne wie das Abscheuliche von uns geschaffen wird — es handelt sich um das Bewußtsein, das noch nicht tief genug in uns gedrungen ist — der Verantwortung eines jeden von uns vor den Geschicken des Landes.“

Daß wir schlecht leben, ja so, wie es eine Schande ist zu leben, braucht nicht wiederholt zu werden; das wissen alle; es ist schon lange her, daß wir so leben, aber unter der Monarchie führten wir ein noch schlechteres, schändlicheres Leben.

Dann träumten wir von der Freiheit, ohne ihre belebende schaffende Kraft zu spüren, jetzt aber fühlt endlich das ganze Volk diese Kraft. Es ist wahr, es genießt es in egoistischer, brutaler, tierischer Weise, aber es ist Zeit, die grandiose Tatsache schätzen zu lernen, daß ein Volk, das im ersten Stadium gelebt, von den Fesseln, die es unterdrückt und entstellten, befreit ist.

Wir haben uns noch nicht von dem vererbten Sklaventum zu befreien gewußt, wir haben noch nicht die Sicherheit erworben, daß wir frei sind, wir verstehen noch nicht in würdiger Weise die Freiheit zu genießen — vor allem, weil es uns an Sicherheit fehlt — deshalb sind wir so brutal und so grausam, so lächerlich in der Furcht, die wir vor einander haben, in der Art und Weise, wie wir einander zu erschrecken suchen.

Und doch ist das ganze Rußland bis zum wilden seiner Einwohner, bis auf die tiefste Grundlage und die tiefste Wurzel erschüttert, in der Wurzel seiner asiatischen Gleichgültigkeit, seiner orientalischen Passivität.

Die Leiden und Qualen, die das russische Volk jetzt erleidet, können nicht umhin, sein inneres Wesen zu verändern, sie werden es von allen Vorurteilen und Voreingenommenheiten befreien.

Es wird verstehen müssen, daß, wie stark und gierig der äußere Feind auch sein mag, der schlimmste Feind des russischen Volkes der innere ist, das Volk selbst, wegen seiner Beziehungen zu sich selbst und zu seinem Nächsten, um menschlichen Wesen überhaupt, das niemand ihn gelebt hat zu schämen oder zu achten, wegen seiner Stellung dem Vaterlande gegenüber, das es nicht fühlt, der Vernunft und dem Wissen gegenüber, deren Macht es nicht imstande war, zu erkennen und zu würdigen, und die es für eine „herrschastliche“, für die Bauern schädliche Erfindung betrachtete. Das Volk ließ sich von der alten asiatischen Schlauberei, vom dummen Sprichwort leiten „ein Tag ist vorübergegangen, Gott sei Dank.“

Jetzt aber hat der Feind ihm bewiesen, daß die Schlauberei eines verfolgten Tieres nichts ist im Ver-

gleich mit dem eisernen, organisierten Verstande. Jetzt wird der Hunger die sechs Wintermonate nicht im Schlaf und Hunger verbringen müssen. Er wird gezwungen sein zu verstehen, daß das Vaterland nicht innerhalb eines Gouvernements liegt, sondern daß es sich um ein riesengroßes und riesenbasi reiches Land handelt, voller unerlöschlicher Reichtümer, das inständig ist, seine eheliche und intelligente Arbeit fabelhaft zu belohnen. Er wird einsehen, daß die Faulheit und Trägheit ebenso schädlich für den Körper wie für die Seele sind und daß sie überwunden werden können. Somit wird er arbeiten und lernen wollen, um Hirn und Körper zu stärken.

Eine jede Revolution ist eine Erschütterung, der eine langsame und regelmäßige Bewegung in der Richtung des von ihr gestellten Zieles folgen muß. Das heldenhafte französische Volk hat 10 Jahre gebraucht, um einzusehen, daß ganz Frankreich sein Vaterland war, und wir wissen, mit welchem Heldentum es seine Freiheit gegen die Reaktion zu verteidigen verstand.

Das italienische Volk hat in 40 Jahren etwa 10 Revolutionen vollendet, bevor es das einheitliche Italien schuf.

Da, wo das Volk keinen direkten Anteil an dem Gange seiner eigenen Geschichte nimmt, kann es sich dem Unglücke des ganzen Landes gegenüber nicht verantwortlich fühlen. Jetzt aber beteiligt sich das ganze russische Volk an der Schaffung seiner Geschichte, das ist eine äußerst wichtige Tatsache, der Ausgangspunkt für die Beurteilung des Schicksals, das uns so quält und des Guten, das uns so freut. Ja, wahr ist es, daß das Volk halb verhungert, gemartert, erschöpft, daß es viele Verbrechen begeht und daß von ihm nicht nur im Gebiete der Kunst gesagt werden mag „Ein Vär in einem Vorjellangeloch“. Diese schmerzliche Kraft, die noch nicht durch die Vernunft organisiert worden ist, ist eine großartige Kraft, einer jeden Entwicklung fähig, sie enthält unerlöschliche Reichtümer. Diese Demokratie bekämpfen, um ihr die Macht zu entreißen und sie, sei es für kurze Zeit, den egoistischen Interessen der bestehenden Klassen zu unterwerfen, vergraben die einfache Wahrheit, die ihren Interessen so sehr widerspricht. Je größer die Zahl der Menschen, die frei und zielbewußt arbeiten, um so wertvoller ist die Arbeit, um so rascher bilden sich höhere, vollstündigere Formen des gesellschaftlichen Lebens. Gelingt es uns, die Hitze in Bewegung zu bringen, die in allen Teilen des Landes zerstreut zu liegen, wird es uns gelingen, ein Wunderland zu schaffen.

Da wir nicht gewöhnt sind, unter Anstrengung aller Kräfte des Gehirns und des Herzens zu leben, sind wir der Revolution müde! Es ist aber eine gefährliche Müdigkeit, die zu früh zum Vorstehen gekommen ist. Ich persönlich glaube, daß die Müdigkeit schwinden wird, sobald eine kräftigere Stimme, eine Stimme der Auferstehung erschallen wird — sie muß erschallen.“

#### II.

Am 26. Mai schrieb Gorli im selben Blatte unter derselben Rubrik:

„Die interessantesten Briefe, die an mich gelangen, stammen von Frauen her. Diese Briefe, dem Eindruck der stürmischen Gegenwart gewidmet, sind von Bestimmtheit, Groll, Enttäuschung erfüllt, aber sie sind nicht so apathisch wie die der Männer — ein jeder Frauenbrief ist ein Schrei einer lebendigen Seele, gemartert von den zahlreichen Qualen der grausamen Zeit.“

Sie erwecken das Gefühl, sie seien von einer einzigen Frau, von der Mutter des Lebens geschrieben, von derjenigen, die der Welt alle Rassen und Völker gegeben hat und geboren wird, von derjenigen, die dem Mann verwohnen, den großen zoologischen Instinkt in die zarte Ekstase der Liebe zu verwandeln.

Diese Briefe sind der Schrei eines Wesens, das die Poësie ins Leben gerufen, die Kunst inspiriert und Heits inspiriert hat und das immer von einem unauslöschlichen Durst nach Schönheit, Leben und Freude gequält ist.

Nachdem Gorli betont, daß für ihn die Frau vor allem Mutter ist — wenn sie auch keine Kinder hat — und allem gegenüber mütterliche Gefühle hat und demgemäß unter dem Werte des Todes und der Bestrafung mehr leidet als ein Mann und es mehr verabscheut, gibt er zu, daß er vielleicht die Frau idealisiert sieht, aber dieses Bedürfnis zu idealisieren sei ihm stets eigen gewesen und daß es gerade in revolutionären Zeiten notwendig sei — es handelt sich um einen gefundenen die Gefühle erbebenden Idealismus, der den Menschen größeres soziales Bewußtsein verleiht. — schildert er weiter die in Betracht kommenden Briefe. „Die Briefe, auf die ich mich beziehe, sind voller Klagen der Mütter über das Verderben der Menschen, darüber, daß sie grausamer, wild, gemein unerblich werden und daß die Moral verrotzt. Diese Briefe sind voller Klagen gegen die Bolschewiki, die Bayern, die Arbeiter, sie wünschen ihnen alle Strafen, alle Greuel, alle Hölle.“

„Alle aufhängen, alle erschießen, alle vernichten“ das verlangen die Frauen, Mütter und Pflegerinnen aller Heiden und aller Heiligen, aller Genies, aller Verbrecher, aller Hallunken und aller christlichen Menschen, die Mutter eines Christi wie eines Judas, Johann des Grausamen wie des schamlosen Macchiavelli, des zarten und lieben Franziskus von Assisi, des hässlichen Feindes einer jeden Freude, Savonarola, die Mutter Philipp des II., der in seinem ganzen Leben nur einmal gelacht, als er die Nacht



nicht von der Bartholomäusnacht erhielt — vom großen Verdorben der Katarina Medici, die auch Frau und Mutter war und auf ihre Art aufrichtig um das Wohl einer Anzahl von Menschen besorgt war.

Tod, Vernichtung, Gewalttaten hassend, schreit die Mutter, die vom Manne bewundern, ihn zu Großen und Schönen führende Frau, die Quelle des Lebens und der Poesie... tötschlagen, aufhängen, füllieren.

Da handelt es sich um einen schrecklichen und düsteren Widerspruch, der dazu angetan ist, den Heiligenschein zu zerstören, mit dem die Geschichte die Frau umgeben hat. Ist es darauf zurückzuführen, daß die Frau sich von ihrer großen kulturellen Rolle keine Rechenschaft gibt, ihre schöpferische Kraft nicht spürt und sich zu sehr der Schwere hingibt, die in ihrer Mutterseele durch das Chaos der revolutionären Tage hervorgerufen wird?

Ich werde auf diese Frage nicht weiter eingehen, ich will nur folgendes bemerken:

Ihr Frauen wißt sehr gut, daß die Geburt stets von Wehen begleitet ist, daß der neue Mensch im Blute geboren wird — so will es die böswillige Fronte der blinden Natur. Im Augenblicke der Niederkunft schreit ihr wie Tiere und lächelt mit dem seltsamen Lächeln der Madonna, wenn ihr das neugeborene Kind an Eurer Brust drückt.

Ich will Euch Euer tierisches Wesen nicht vorwerfen, mir sind die unerträglichen Qualen verständlich, die diesen Schrei hervorrufen, bin ich doch selbst am Erschüttern von diesen Qualen, obwohl ich keine Frau bin. Und ich wünsche von ganzem Herzen, von der ganzen Seele, ihr solltet bald lächeln — mit dem Lächeln der Madonna — an euer Herz den neugeborenen Menschen Ansehens drückend.

Man muß sich erinnern, daß die Revolution nicht nur eine Reihe von Grausamkeiten und Verbrechen darstellt, sondern auch eine Reihe Heldentaten der Tapferkeit, des Ehrgefühls, der Selbstopferung, der Uneigennützigkeit. Seht ihr das nicht? Kommt es vielleicht daher, daß ihr durch das und Feindseligkeit geduldet seid?

Der 40jährige Bürgerkrieg des 17. Jahrhunderts hat in Frankreich eine abscheuerregende Verrohung hervorgerufen, eine prahlerische Grausamkeit, bedenklich nur, welchen wohlthuenden Einfluß eine Julie Recamier ausgeübt! Solcher Beispiele des Einflusses der Frau auf die Entwicklung der menschlichen Gefühle und Ideen gibt es in der Geschichte so manche. Euch Mütter geziemt es, unermüdet in der Liebe zum Menschen zu sein, zurückhaltend im Haß ihm gegenüber.

Vollschewiki? Ja, denkt nur — sie sind doch auch Menschen wie wir alle, sie sind von Müttern geboren und sterben wie wir nicht mehr als uns an. Die besten unter ihnen sind ausgezeichnete Leute, auf welche die Geschichte Rußlands mit der Zeit stolz sein wird, während unsere Kinder und Enkel ihre Energie bewundern werden. Ihre Handlungen unterliegen der beständigen Kritik, sogar boshaftem Hohn — das bekommen die Vollschewiki vielleicht in größerem Maß, als sie es verdient haben. Sie sind von einer stinkenden Atmosphäre des Hasses der Feinde umgeben, und was vielleicht noch gefährlicher für sie ist — von heuchlerischer, gemeinen Freundschaft derjenigen, die wie Füchse sich an die Nacht heranmachen um sie als Wölfe auszumähen — und die hoffentlich wie Hunde freieren werden.

Ich verteidige die Vollschewiki? Nein, ich kämpfe gegen sie — aber ich verteidige die Menschen, deren Aufrichtigkeit der Ueberzeugung ich kenne, deren persönliche Ehrlichkeit mir bekannt ist, ebenso wie mir die Ehrlichkeit ihrer Hingabe für das Wohl des Volkes bekannt ist. Ich weiß, daß sie das grausamste wissenschaftliche Experiment am lebenden Körper Rußlands machen, ich verstehe zu sehr, ziele es aber vor, gerecht zu sein. O, ja, sie haben viele sehr grobe, düstere Fehler begangen — Gott hat ebenfalls einen Fehler begangen, als er uns dümmer gemacht hat, als wir sein sollten — die Natur hat sich in so manchem geirrt, wollen wir sie beurteilen vom Standpunkte unserer Wünsche, die ihren Zielen oder ihrer Zwecklosigkeit zuwiderlaufen. Aber, wenn man will, kann man auch von den Vollschewiki etwas gutes sagen: Ich behaupte, ohne wissen zu können, welche politischen Ergebnisse ihre Tätigkeit schließlich führen wird, behaupte ich — daß vom psychologischen Standpunkte die Vollschewiki bereits einen sehr großen Dienst dem russischen Volk erwiesen, indem sie in der Masse des russischen Volkes Interesse und Teilnahme an den gegenwärtigen Ereignissen hervorgerufen haben, ohne die unser Land zu Grunde gegangen wäre.

Jetzt wird es nicht zu Grunde gehen, da das Volk aus dem Schlafe zu neuem Leben erwacht ist; in ihm reifen neue Kräfte, die sich weder vor dem Wahnsinn der politischen Neuerer noch vor der Hölle der fremdlandischen Räuber, die ihrer Unbesiegbarkeit zu sicher sind, fürchten. — — — Rußland kämpft frampshaft unter schrecklichen Wehen der Entbindung — wolle ihr, daß sobald als möglich das neue, schöne, gute, menschliche geboren wird? Laßt euch sagen, o Mütter, daß Groß und Haß schlechte Seebammen sind —.

## Die deutsche Freiheit.

(F u s s.)

Wiederhol's nicht vor göttlichen Ohren,  
Du sprichst wie die deutschen Professoren.  
(Goethe, Politika.)

I.

Der Bund deutscher Gelehrten und Künstler hat einen Sammelband „Die deutsche Freiheit“ (Peters, 1917) herausgegeben, der Vorträge von fünf der

bedeutendsten deutschen Gelehrten der Gegenwart, nämlich von Harnack, Meinecke, Sering, Trötsch, Hünig vereinigt und als wichtiges Zeitdokument Beachtung verdient. Es sind Antworten an den Präsidenten Wilson, der den Eintritt Amerikas in den Krieg damit motiviert hatte, die deutsche Autokratie bedrohe Frieden und Freiheit der Welt. Das an sich sympathische, und unserer Freundschaft würdige deutsche Volk, führte die Vorkämpfer Amerikas, gehöre nicht zu den freien, sich selbst regierenden Völkern und der Krieg sei ohne Kenntnis und Billigung des deutschen Volkes beschlossen worden. Amerika bleibe daher der aufrichtige Freund des deutschen Volkes und wünsche die Wiederherstellung inniger Beziehungen. Ja der Krieg gehe auch um die Befreiung des deutschen Volkes.

Die Antwort der fünf deutschen Gelehrten besteht zunächst in einem Trommelfeuer von Beschimpfungen. Sie nennen die Vorkämpfer „die unverschämteste, amplexöseste und heuchlerischste Kundgebung“ seit Napoleon I. „Lüge und Trug, Verwahrheitung und Selbstverblendung, Schwindel und Selbstsucht“ und bezeichnen mehr. Ueberraschend ist hieran nur die Selbstschmähung, wenn sie nämlich ihrem amerikanischen Kollegen „professorale Plattheit“ vorwerfen. Das Bewußtsein beschränkter Untertanenverstandes schlägt eben durch. Auch sonst geben sie es ihm nichtig zurück. Nicht weil Amerika die Sicherheit der Demokratie bedroht glaubte, sei es in den Krieg eingetreten, sondern „weil seine Morgens und Konsorten im Kriege verblühen, viel verdienen wollen“ — so eröffnet uns Geheimrat Adolf v. Harnack.

Alle Ausführungen laufen darauf hinaus, daß es überhaupt nirgends auf der Welt eine so „arbitrarige Volksherrschaft“ (wie Trötsch sie auf Seite 109 nennt) gebe, wie in Deutschland. Auch Sering (Seite 72) versichert, der deutsche Obrigkeitsstaat habe sich als echter Volkstaat erwiesen, während hingegen die Umbildung zum Volkstaat und zum Volkstönigum bringen.“ Ähnliche Widersprüche finden sich überall. So eifert einerseits alle Redner gegen die böse Demokratie, Demokratie sei Despotie (S. 63) sie sei korrupt, antisozial, bedeute Unterjochung des Volkes unter die Autokratie und Bekämpfung der freien Persönlichkeit, „Schulung zur öffentlichen Lüge und zum Betrug der Massen“ (Seite 54), was hauptsächlich Amerika beweisen soll. Professor Hünig warnt vor der anglo-amerikanischen Unversalsdemokratie und vergleicht sie mit einem Polypen, der die moderne Kultur erschüttern müsse! Andererseits wiederholen aber Sering und Trötsch (Seite 42 und 100) den ehrwürdigen Ladehäuer, England sei überhaupt keine Demokratie. „Das vielgescholtene preussische Wahlrecht ist demokratischer als das englische.“ Dieser Anspruch Serings sollte dem ganzen Band, in welchem Wilson Unwissenheit und Heuchelei vorgeworfen wird, als Motto vorangestellt werden. Im Jahre 1913 existierten auf die drei Klassen des preussischen Wahlrechts 670:519, bzw. 1.323.708, bzw. 371.887 Wähler oder 80,16 und 4 Prozent. Jede dieser drei Klassen wählte nun dieselbe Anzahl Abgeordneter, so daß in Klasse I ein Wähler ein geordnetes stärkeres Wahlrecht hatte, als ein Wähler der Klasse III! In manchen Wahlbezirken war aber das Verhältnis noch viel krasser. Und dieses Wahlrecht, von dem schon Bismarck sagte, in keinem Staate sei je ein widerständigeres elenderes Wahlrecht ausgedacht worden (vergl. Wismar's Rede vom 28. März 1867 „Parlamentarische Reden“ herausgegeben von Böhm, 3. Band S. 194) nennt Sering demokratisch! Selbst wenn aber das Wahlrecht in Preußen wie immer abgeändert würde, könnte dies allein noch keine Demokratie begründen, sondern höchstens den Schein der Demokratie. Denn von Demokratie kann nur die Rede sein, wenn das Parlament auch wirklich die Macht hat, seinen Willen gegen Krone, Bürokratie und Heer unbedingt durchzusetzen, wenn also die für die ganze regierungsverantwortlichen Minister die Erlorenen der Parlamentsmehrheit sind und abtreten müssen, wenn sie das Vertrauen dieser Mehrheit verlieren. Nun wagt es freilich Sering, wirklich zu behaupten (Seite 67), auch die deutschen Minister seien dem Parlament verantwortlich, während die britischen Minister dem Parlament gegenüber „völlig unverantwortlich sind!“ Vor einer solchen Kühnheit versagt die Höflichkeit der deutschen Sprache. Wir müssen es aber glauben, daß die „Schulung zur Lüge“ eine Frucht der Demokratie sei. Nicht nur England, auch Amerika ist übrigens nach Sering keine richtige Demokratie, weil ja der Präsident bekanntlich autokratische Vollmacht hat.

Merkwürdiger Zwiespalt! Zuerst wird uns bewiesen, daß die Demokratie ihrem Wesen nach die Mutter alles Bösen, ein durchaus korruptes, antisoziales, plutokratisches, verlogenes System sei, dann aber hören wir wieder, die angeblich demokratischen Länder seien dies in Wahrheit gar nicht, sondern nur Preußen-Deutschland besitze das kostbare Gut wahrer Demokratie. Diese Beweisführung der deutschen Gelehrten erinnert an die bekannte Beweisführung vom zerbrochenen Krug: erstens habe ich ihn gar nicht ausgelesen, zweitens habe ich ihn ganz zurückgegeben, drittens war er schon zerbrochen, als ich ihn erhielt. Die Behauptung übrigens, England sei keine Demokratie, sondern eine Aristokratie oder gar eine Plutokratie, wird fast in allen derartigen Professorenvorträgen unermüdet wiederholt und damit „bewiesen“, daß das englische Volk heute noch zahlreich Angehörige des Adels und des Bürgerlichen wählte. Man sollte also meinen, daß der demokratische preussische Landtag ausschließlich aus Professorenländern zusammengesetzt oder daß schon einmal der Sohn eines armen Schulmeisters, wie Lloyd George, deutscher Reichskanzler geworden sei. Doch der ganze Schluß ist ebenso abgemauert, als wenn man die Sozialdemokratie eine plutokratische Partei nennen wollte, weil Marx, Engels und Lassalle aus reichen

Bürgerhäusern kommen. Wie der Herr kommt es an, nicht auf den zuzählenden Schwertschank! Darum kämpfen nun diese Reden so grimmig gegen die Demokratie? Ganz einfach: der wahren Freiheit wegen, der deutschen Freiheit, Wohlverschanden. Diese Spielart ist aber ein gar geheimnisvoll löstliches Gut. Die vulgäre Auffassung der Freiheit wird verachtungsvoll abgelehnt. Diese Briten und Jankees haben ja überhaupt keine Ahnung davon, was eine richtiggehende Freiheit ist. Man erkennt sie hauptsächlich an — ihrem Gegenteil. Die Definition stammt aber nicht von Wilhelm Bush, sondern von Professor Meinecke. Er befehlt uns, daß (Seite 15) jede „historische Erscheinung immer nur durch den Hintergrund ihres Gegenteils und eines Andersseins, als sie selber ist, sichtbar wird und oft mit diesem Andersseins in der Unruhe verwaschen ist. Wo Freiheit ist, da ist auch Unfreiheit — bei uns, wie in aller Welt. Jeder spezifischen Freiheit folgt, so darf man rein soziologisch schon sagen, wie der Schatten dem Lichte, auch eine spezifische Unfreiheit. Und Freiheit ist überhaupt nichts Festes und Substantielles, sondern Werden und Leben, Handeln und Ringen mit der Unfreiheit. Freiheit ist nicht etwas Gegebenes, sondern etwas Aufgegebenes, immer neu zu Schaffendes, weil immer mit Vernichtung Bedrohtes und vollendete Freiheit eine wunderartige, seltene Blüte und vielleicht nur der Traum von einer solchen Blüte.“

Doch diese blüherant-prägenese Serum- und Vorbeirederei, die die Bildungshöhen des heutigen deutschen Gelehrten wie mystischer Nebel unwallt, läßt den Historiker Meinecke doch nicht ganz vergessen, was die Geschichte lehrt. Er weiß, daß die alten Germanen eine andere Freiheit hatten, als sie heute wunderbarlich selten in Germanien blüht, er weiß, daß „es ganz wesentlich unsere geschichtlichen Schicksale gewesen sind, die unsere ursprüngliche Anlage zu politischer Freiheit verkrüppelt haben.“ Dann wieder findet er, daß ein Uebermaß von Freiheitstrieb, genannt die deutsche Libertät, die Einheit Deutschlands zerstört habe. Dazu sei nun noch der Druck des bösen Auslandes gekommen, der Deutschland um Einheit, Macht und Freiheit gebracht habe. Deshalb aber habe es keinen anderen Weg gegeben, als zunächst einmal Macht über Freiheit zu stellen, die keine edleren politischen Freiheit niederzuhalten, also die Entwicklung des streifen preussischen Willkür- und Beamtenstaates (Seite 19).

An dieser geschichtlichen Auffassung wäre nun manderlei anzusetzen. So wenn Meinecke meint, die Deutschen seien infolge eines Uebermaßes an Freiheitstrieb um ihre Freiheit gekommen. Die „deutsche Libertät“ war doch nur ein Postulat der Fürsten gegenüber der Kaisergewalt! Viel berechtigter wäre es zu behaupten, daß ein Uebermaß an Machttrieb, der römisch-deutsche Universalismus und Imperialismus, es gewesen sei, das sich wie ein Fluch auf Deutschlands ganze Entwicklung legte, seine nationale Einheit und politische Freiheit zerstörte. Doch weiter. Luther, Kant und Fichte haben dann nach Meinecke jenes höhere deutsche Freiheitsideal geschaffen: Freiheit heißt, lehren sie, frei werden von allen Banden der Sinnlichkeit, das Geistige, Gottverwandte in uns zum Herrn machen, sich und sein Handeln bestimmen, sich und sein Leben formen nach der in unseren Tiefen sprechenden, schlechthin unzweideutigen und unabweisbaren Stimme des Gewissens, des Sittengebotes, des überempirischen JAs... Freiheit und Unfreiheit leben mit also auch hier miteinander verbunden, aber nicht im trüben Gemenge, wie gewöhnlich, sondern untrennbar, ununterscheidbar, in höchster, vergeistigter Potenz.“ (Seite 21 und 22.) Dies alles paßt natürlich wunderbar auf den Staat der Junker, Geheimräte, alldeutschen Generale und der Schwerindustriellen.

Auch daß der friederizianische Staat den strengen Pflichtenbegriff Kant's verlor, bekommen wir schließlich verständlich vorgelegt. Lössing dachte anders über diesen Staat, dessen herrliche Gewissensfreiheit uns ja fortwährend angepöbelt wird. Er schrieb am 25. August 1765 an Rice die Berliner Freiheit zu denken und zu schreiben, „ei einzig und allein die Freiheit, gegen die Religion so viel Sottisen zu Marke zu bringen, als man wollte; falls aber einmal einer in Berlin verhandeln würde, über andere Dinge so frei zu schreiben, als Sonnenfels in Wien geschrieben, und dem vornehmen Hohnpöbel so die Wahrheit zu sagen, als dieser sie schon gesagt habe, oder gegen Ausläugung und Despotismus seine Stimme zu erheben, wie es jetzt fogar in Frankreich und Dänemark geschehe, so werde er bald die Erfahrung machen, welches Land bis auf den heutigen Tag das slavischste Land in Europa sei. In Leistungen hatten eben die Professoren die deutsche Freiheit noch nicht entdeckt!

## Aus den Organisationen.

5. Wahlkreis. Sonntag, den 18. August veranstalten die Genossinnen des Kreises einen Familien-Ausflug nach dem „Alten Freund“ in Pöhlwerder. Treffpunkt 1 Uhr mittags an der Verolina auf dem Alexanderplatz. Abfahrt Bahnhof Alexanderplatz 1.30 In Charlottenburg umkehren, von da ab 2.24 nach Pöhlwerder. Nege Beteiligung wird erwartet.

Das Büro der U. S. V. D. Ortsverein Neukölln ist geöffnet nur Dozentags in der Zeit von 5/2-8/2 Uhr.

Die Bibliothek ist nach der Inventur ab 7. Juli geöffnet nur am Mittwoch und Sonnabend, abends von 7-9 Uhr. Wir erfinden die geliehenen Bücher nach 1 Monat Besetzt pünktlich und im erhaltenen Zustand wieder zurückzugeben.

Der Vorstand.

Schöneberg. Am Sonntag, den 1. August, gemeinsamer Familien-Ausflug nach Pöhlwerder. Alles



**Freund. Treffpunkt** nachmittags 2 Uhr. **Grünewald-Edel** Holzstraße. Nachzügler 5 Uhr beim Alten Freund.

**Treptow-Baumfchulenweg.** Am Sonntag, den 11. August findet ein allgemeiner Familien-Ausflug nach **Wahlisdorf-Süd** b. Köpenick, Restaurant „Hubertus“ statt. — Beste Fahrgelegenheit: Mit der Sprech-Eisenbahn, die nach Köpenick (Endstation) fährt. Abfahrt der Treptower Genossen früh 9 Uhr von der Haltestelle „Paradiesgarten“; der Genossen von Baumfchulenweg um 9 1/2 Uhr von der Haltestelle Bahnhof Baumfchulenweg. Sammelpunkt und Frühstücken beim Genossen Schnorre am Bahnhof Köpenick. Für die Nachzügler im Restaurant Hubertus. Für guten Empfang und Unterhaltung ist gesorgt. Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Spandau.** Mittwoch, den 7. August, abends um 8 Uhr, im Lokal von **Windt, Fichelsdorfer Str. 5,** Zählabend. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Rosenthal-Niederschönhausen-West.** Sonntag, den 4. August, Familienpartie nach **Waidmannslust, Restaurant „Zur freien Scholle“.** Treffpunkt pünktlich nachmittags 2 Uhr am Bahnhof **Reinickendorf-Rosenthal.** Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung.

Sonntag, den 25. August, Sommerfest im Lokal von **Herrn Schneider, Hauptstraße Ecke Niederstraße.** Eintrittskarten zu je 1 Mark sind bei allen Bezirksleitern zu haben. Wir bitten sämtliche Genossen und Genossinnen mit ihren Familien um rege Beteiligung.  
Das Komitee.

### Vereins-Veranstaltungen.

**Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.**

**Familien-Ausflug,** Sonntag, den 4. August nach **Freibad Rahnsdorf.** Teilnehmer erhalten freien Eintritt gegen Abgabe einer Teilnehmerkarte, welche vom Vorsitzenden verteilt wird. Treffpunkt morgens 9 Uhr im **Kurpark Friedrichshagen.** Frühstücken, um 10 Uhr **Abmarsch** nach dem **Freibade.** Nachmittags 3 Uhr **Kaffeekochen** in der **Rahnsdorfer Mühle,** nachher **Spiele** im **Walde.** Die Mitglieder und Kurjusteilnehmer werden ersucht, sich daran zu beteiligen.

Montag, den 5. August: **W e b u n g s - f u n d e** **Königsgraben Nr. 2.** Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

### Quittung.

An **G e l d e r** gingen von **Marx 4 Mk., R. Bootsabteilung 10 Mk.** für **Pressefonds,** für die **Freie Jugend 51 Mk.** **Kranzüberschuss,** Mitglieder in der **28. Verkaufsstelle** der **A. G.**

### Zum Besten des Jugendheims Berlins I.

Die Genossinnen und Genossen des 6. Kreises veranstalten am **Sonntag, den 4. August,** im **Moabit-er Schützenhause** in **Blöyensee** ein

### Sommerfest

bestehend aus **Konzert, gesanglichen und turnerischen Vorführungen.**

Ein etwaiger Ueberschuss soll zum Besten des **Jugendheims** in der **Brunnenstraße** Verwendung finden.

Die Eintrittskarten à 60 Pf. sind bei den **Funktionären** zu haben.

Die **Kaffeeküche** ist von 2 Uhr ab geöffnet.

Anfang 3 Uhr nachmittags.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das Festkomitee.

**Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.**

**Sebastianstr. 37-38. — Tel.: Moritzplatz 9737.**

**Mitglieder sämtlicher Branchen Berlins!**

Mittwoch, den 7. August 1918, abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshaus, Engelauer 14-15.**

### General-Verammlung

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Ersatzwahl zur Ortsverwaltung. 3. Stellungnahme zum **Verbandsstag.**

Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe oder mit mehr als 8 restierenden Wochenbeiträgen kein Zutritt.

Montag, den 12. August, vor 5-9 Uhr abends, in folgenden Lokalen.

**Wahl von 9 Delegierten zum Verbandstag:**

1. Osten: **Rigaer Str. 17,** bei **Wiedemann.**
2. Nordosten: **Brenzlauer Allee 43,** bei **Brandt.**
3. Nordosten, **Wahmannstraße 24,** bei **Seidel.**
4. **Neukölln** und **Südosten:** **Kottbuser Straße 10,** bei **Chert.**
5. **Zentrum:** **Seidelstraße 30,** bei **Begener.**
6. **Südwesten** und **Westen:** **Pottlamerstr. 9,** bei **Döhrich.**
7. **Nordwesten:** **Mariensstraße 9,** bei **Schneider.**
8. **Norden:** **Brunnenstraße 79,** bei **Döhling.**
9. **Charlottenburg:** **Wolfsbans, Rosinenstraße 3.**

Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe oder mit mehr als 8 restierenden Wochenbeiträgen keine Wahlberechtigung.

Die Wahl wird pünktlich um 5 Uhr eröffnet und um 9 Uhr geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

### Zweiter Berl. Reichstagswahlkreis. (U. S. P. D.)

Sonntag, den 11. August, findet in **Habels Brauerei-Ausshank, Bergmannstr. 5/7,** unser

### Zweites Sommerfest

statt, bestehend aus **Konzert, Gesangsvorträgen** der **„Kreuzberger Harmonie“**, sowie **Kinderbelustigungen** (Kasperletheater und Festzug). Auch für das **Kaffeekochen** ist bestens Sorge getragen, doch wird das dazu erforderliche Geschirr nur gegen Pfand abgegeben.

**Kasseneröffnung 2 Uhr. Anfang 4 Uhr.**

Eintrittskarten im Vorverkauf bei den **Funktionären** und den mit **Plakaten** belegten Stellen **40 Pf.,** an der **Kasse 50 Pf.**

Um zahlreichen Besuch von **Mitgliedern** und **Gästen** ersucht  
**Das Festkomitee.**

### Proff'sches Quartett

empfiehlt sich den Parteigenossen zu allen Gelegenheiten besonders **Trauerfeierlichkeiten** und **Einäscherungen**

**Franz Proff,**

**Berlin NO., Lippehnerstr. 15.**

Tel.: Amt Alexander, 894.

### Wahlverein Cöpenick.

Am 20. Juli rief der Tod einen der Besten aus unserer Mitte! Durch Betriebsunfall verschied im Alter von 58 Jahren unser lieber Genosse, der **Bezirksführer**

**Ferdinand Lange.**

Bis zum Tode den alten Parteigrundsätzen treu, wird seine stille Art und Tätigkeit unter uns fortleben.

Dem Menschheitsfluch fiel auch unser Genosse

**Gustav Frey**

zum Opfer. Im Alter von 86 Jahren rief ihn der Tod von seiner Familie und aus der Bewegung, der er in Treue anhing.

Beider Andenken werden wir in Ehren halten.

### Nachruf.

**3. Wahlkreis.**

Am 24. Juli verstarb im Alter von 57 Jahren unser Genosse, der **Buchhalter**

**Hermann Steinbart**

**Dresdener-Straße 7, 2. Abt., 142. Bez.**

**4. Wahlkreis.**

Am Dienstag, den 23. Juli, verstarb im Alter von 72 Jahren unser Genosse

**Reinhard Richter**

**Barnim-Straße 8, Bez. 382.**

Am Sonntag, den 21. Juli, verstarb unser langjähriger Genosse, der **Gastwirt**

**August Pollak**

**† Züsli-er Straße 77, Bez. 342.**

Am 17. Juli verstarb an den Folgen des Krieges im Alter von 40 Jahren unser Genosse, der **Gasarbeiter**

**Wilhelm Lange**

**Mühlenstr. 46, Abt. 23, Bez. 290.**

**6. Wahlkreis.**

Am 28. Juli starb unser Genosse

**Eduard Hirsch**

**12. Abt., Bezirk 789a, Lehrterstr. 43.**

Die Beerdigung fand am 31. Juli, 1/3 Uhr, auf dem **Johannis Kirchhof** in **Blöyensee** statt.

**Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.**  
**Bezirk Stralau.**

Am 6. Juni verstarb nach Unglücksfall mit **Automobil** unser Genosse

**Artur Müller**

**Stralau, Friedrich-Jungestr. 6.**

**Bezirk Reinickendorf-West.**

Am 18. Juli verstarb unser langjähriges und **treues Mitglied,** der **Mechaniker**

**Karl Keller**

**Scharnweberstr. 122**

im Alter von 49 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

### Mitglieder-Verammlung

des **Ortsvereins Neukölln** der **U. S. P. D.**

am **Mittwoch, den 7. August, abends 8 1/2 Uhr,** in den **Passage-Festsälen, Bergstr. 151/52.**

**Tagesordnung:** 1. Referat des **Genossen Ernst Däumig.** Thema: „Die heutige politische Lage.“ 2. **Ver-einsangelegenheiten.** 3. **Verschiedenes.**

Um zahlreiches Erscheinen mit den **Mitgliedsbüchern** ersucht  
**Der Vorstand.**

### Dankagung.

Sage hiermit allen Verwandten, Freunden, Genossinnen und Genossen für die zahlreiche Beteiligung und schönen Kranzspenden, insbesondere dem **Genossen Stadtverordneten Leid** für seine trostreichen Worte am **Sarge** meiner lieben Frau meinen herzlichsten Dank.

**Emil Vogel,**  
**Schönhauser Allee 96/97.**

Plötzlich und unerwartet erhielt ich die schmerzliche Kunde, daß mein heißgeliebter Mann, der **Landsturmman**

**Paul Hellwig**

am 18. Juli in einem **Kriegsfeldlazarett** an **Nierenkrankheit** infolge der **Strapazen** des **Krieges** verstorben ist.

In tiefstem Schmerz

**Frau Alma Hellwig.**

**Berlin-Niederschönhausen, Sachsenstr. 8.**

„Allein“ — wie schließt das Wort, so arm und klein, der Seele größte Qualen ein. Und tausend Tränen, die vergossen, sind diesem kleinen Wort entflohen; und mancher Seufzer, schwer und bang, um seinetwillen schon erklang. Mir fehlt des Gatten treue Hand, mir fehlt das Herz, das mich verstand. Wie sehnstuchtsvoll noch Deine letzten Zeilen, Tags darauf tat Dich der Tod ereilen! Du dachtest nie an Dich, sorgtest immer nur für mich. Drum kann ich's auch noch gar nicht fassen, daß Du, Geliebter, mich verlossen. Aus meines Herzens größter Pein ruf' sehnend ich: „Ich bin allein!“

Deine tieftraurige Alma.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

**3. Wahlkreis.**

Am 3. Juni verstarb in einem **Feldlazarett** an **Blutvergiftung** im Alter von 43 Jahren unser **Genosse, der Hausdiener**

**Franz Schlüter**

**Admiralstr. 6, 1. Abt., 169. Bez.**

**4. Wahlkreis.**

Am 14. Juli fiel unser früherer **Bezirksführer** im Alter von 88 Jahren, der **Tischler**

**Paul Brandt**

**Borghagener Str. 29, Abt. 26, Bez. 386 I.**

**Wahlverein Neukölln.**

Der seit **Dezember 1914** als **vermisst** gehaltene **Genosse**

**Richard Pauligh**

**Jonasstraße 23, 17. Bezirk,** ist nunmehr als **gefallen** gemeldet.

Gefallen ist auch der gleichfalls seit langem als **vermisst** gehaltene **Gastwirtsgehilfe, Genosse**

**Franz Lindenberg.**

Am 11. Juni fiel, durch eine **Fliegerbombe** getroffen, unser **Genosse, der Buchbinder**

**Johannes Palm**

**Münchener Straße 54.**

**6. Wahlkreis.**

Am 15. Juli fiel unser **Genosse**

**Franz Fiebag**

**Bezirk 821a, 18. Abteilung,**

im Alter von 26 Jahren durch **Granatenschuß.**

**Wahlverein Charlottenburg.**

Am 22. Juni fiel auf fernem **Kriegsschauplatz** der **Genosse**

**Richard Schimmelpfennig**

**Grasmostr. 4.**

**Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.**  
**Bezirk Rosenthal.**

Am 16. Juli verstarb in einem **Kriegsfeldlazarett** an **Nierenkrankheit** unser **Genosse, der Landsturmman**

**Paul Hellwig.**

Ehre ihrem Andenken!



## Der Gewerkschaftsapparat bei politischen Wahlen.

Die Ursachen, welche das Wahlergebnis in Niederbarnim mit herbeigeführt haben, sind schon zur Genüge erörtert; das Fehlen der Presse, die Irreführung der Arbeiterschaft durch den „Vorwärts“, unterstützt durch die geistesverwandten bürgerlichen Organe, der Belagerungszustand usw.

Aber ein wichtiges Moment ist bisher nicht genügend hervorgehoben, das ist die Frage der Organisation des Wahlkampfes, die Beschaffenheit des Wahlapparates.

Wir hatten die größte und die Abhängigen die kleinste Organisation, wir waren numerisch im Vorteil und trotzdem waren sie uns organisatorisch, wie der Wahlausfall bewiesen hat, überlegen.

Wie war dies möglich? Kurz vor der Wahl waren unsere Reihen anlässlich des Ausstandes stark gelichtet und namentlich waren es naturgemäß unsere besten Kräfte, die wir entbehren mußten, die vorhandenen Kräfte genügten nicht und nur wenige Genossen konnten sich voll zur Verfügung stellen.

Hier ist der wunde Punkt, wo uns die Abhängigen überlegen waren, sie ersehnten den Parteiapparat, den sie ja nicht hatten, durch den Gewerkschaftsapparat, der Wahlkampf ist von ihrer Seite fast ausschließlich von Gewerkschaftsangehörigen geführt worden, namentlich soweit es die organisatorische Seite anbelangt.

Diese verfügen ja über genügend Zeit, nicht nur am Wahltag, sondern während der ganzen Wahlzeit, zu jeder Zeit stehen ihnen Hunderte von organisatorisch geschulten Kräften zur Verfügung, die jede Minute einspringen und jede Situation ausnützen können.

Nicht nur die im Kreise wohnenden Angestellten kommen in Betracht, sondern alle, die in Groß-Berlin wohnen, stürzen sich in die Wahlarbeit. Sie sind ja nicht der Willkür eines privatkapitalistischen Unternehmens ausgesetzt, sie sind frei und können sich ungehindert betätigen, ohne ihre Stellung zu gefährden und ohne finanzielle Opfer zu bringen.

Die umfangreichen schriftlichen Arbeiten können bei soviel Kräften naturgemäß spielend erledigt werden.

Wo unsere Genossen sich die Finger wund schreiben, stehen diesen Schreibmaschinen, Bernierfertigungsapparate usw. unentgeltlich in größter Anzahl zur Verfügung.

Außerdem wird die Sache nicht teuer, da meistens ja alles in der Bürozzeit gemacht wird, und schließlich, wenn dies erforderlich ist, wird auch noch das Material geliefert.

Wer weiß, welche Unmenge Arbeit eine planmäßig sauber vorbereitete Wahl verursacht, der kann diesen immensen Vorteil, den die Abhängigen durch die gewerkschaftliche Hilfe erhalten, richtig einschätzen.

Was unsere Genossen des Abends spät oder gar des Nachts machen müssen, erledigen diese Herren bequem am Tage und haben am Abend Zeit, sich der Agitation zu widmen, was wir mit Geld aufwiegen müssen, haben sie umsonst.

Es liegt uns fern, die politische Tätigkeit der Gewerkschaftsangehörigen zu beschränken, wir wollen nur den Vorteil aufzeigen, die ihre fast geschlossene Mitwirkung für die Abhängigen hat.

Hätten diese Leute Taktgefühl, so müßten sie sich sagen, daß sie auch von den Beiträgen der Mitglieder leben, die zur U. S. P. D. gehören und sie deshalb ihre Stellung und ihre Dienstzeit gegen diese ausnützen könnten. Doch solche Empfindungen kennt man nicht.

Die Sache liegt ja auch tiefer. Die Gewerkschaftsinstanzen haben ein Interesse daran, daß bei den Wahlen die Abhängigen gut abschneiden, da die Politik der Abhängigen die Politik der Generalkommission ist, es handelt sich also um ihre Sache.

Getraut sich jemand in den Gewerkschaften politische Zeit- und Streitfragen zu erörtern, so wird die Neutralitätsfahne gehißt; bietet sich ihnen aber Gelegenheit, ihre politische oder die von ihnen verlangte politische Gesinnung zu betätigen, so stellen sie strupplos nicht nur ihre Person, sondern den ganzen Apparat in den Dienst ihrer politischen Partei.

Wer die inneren Verhältnisse in den Gewerkschaften kennt, weiß, daß dies keine Ausnahmeerscheinung ist, sondern daß hier ein System vorliegt, welches angesichts der kommenden Kämpfe ständig planmäßig ausgebaut wird.

Wir dürfen beim Ausbau unserer Organisation und namentlich wenn wir Nachwahlen haben, diesen Faktor nicht unterschätzen, denn gerade bei Nachwahlen ist es diesen Leuten möglich, ihre ganzen Kräfte zu konzentrieren.

Aber wir haben auch in den Gewerkschaften die Pflicht, aufklärend zu wirken, diese politische Tätigkeit der Gewerkschaftsbürokratie muß den Mitgliedern zum Bewußtsein gebracht werden.

Die falsche Lehre von der Neutralität ist ja nur dazu da, diese Bürokratie zu schützen. Welch ein Widerspruch besteht doch darin, daß Leute, die meinen, die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rechte ihrer Mitglieder wahrnehmen zu können, sie gleichzeitig politisch bekämpfen.

Wir müssen dafür sorgen, daß wir keine Waffen schmieden, mit denen wir selbst geschlagen werden, und wo solche schon vorhanden sind, müssen sie beseitigt werden.

Für jeden Massenbewußten Arbeiter gibt es hier keine Neutralität, sondern nur ein Entweder-Oder.

## Aus der Bewegung.

### Aus der Unabhängigen Bewegung.

Die U. S. P. D. und die Internationale. Der Brief Brantings mit dem Memorandum der Londoner Konferenz ist erst mit vierwöchiger Verspätung in die Hände der Parteileitung gelangt. Diese hat dem Genossen Branting geantwortet, daß ihr Standpunkt unverändert derselbe ist, den sie im Sommer 1917 in ihrem Stockholmer Manifest niedergelegt hat. Daraus ergibt sich, wie die U. S. P. D. zu dem überlieferten Memorandum der Sozialisten in den Entente-Ländern steht.

Aus dem Dresdener Bezirk. Am Sonntag, den 21. Juli hielt der Sozialdemokratische Verein für den 9. sächsischen Reichstagswahlkreis (Freiberg) eine Generalversammlung ab, die nach sehr lebhafter Debatte mit 48 gegen 28 Stimmen den Uebertritt zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei beschloß. In diesem Wahlkreise, besonders in seinem Hauptort Freiberg, bestand von vornherein eine starke Strömung gegen die Politik der alten Partei, die stets in Fühlung mit uns war und blieb. Vor Ausbruch des Krieges zählte diese Organisation 2148 Mitglieder, am 31. März 1918 nach der Statistik der Abhängigen noch 273, eingezogen waren 1428. Es wird sofort, nachdem nun der unhaltbare Zustand beseitigt und klare Bahn geschaffen ist, in eine möglichst umfassende Agitation eingetreten werden. In einer Sitzung mit der Bezirksleitung wurde bereits zwei Tage nach der entscheidenden Generalversammlung das nötige in die Wege geleitet. Wir glauben, in absehbarer Zeit die große Mehrheit der Mitglieder der alten Partei in unserer Organisation zu haben; viele frühere, die seit Kriegsbeginn abwärts standen, wieder und andere neu heranzuziehen. Der Wahlkreis wird jetzt vom abhängigen Abgeordneten Wendel im Reichstage vertreten. Der Kreissekretär Bethke hatte einige Tage vor der Generalversammlung noch von den „Sieben Männern“, die „Spalten“ wollten, gesprochen. Die Generalversammlung war stärker als alle früheren — von über 100 Personen — besucht. Eine Anzahl war vor der Abstimmung weggegangen.

Im ersten sächs. Reichstagswahlkreise, Zittau, bestanden bisher zwei Ortsgruppen unserer Partei. Nächstens kommen zwei weitere hinzu. Bald werden wir auch hier eine Wahlkreisorganisation haben können.

Die Wahlkreisorganisation von Merseburg-Querfurt hat ihren Jahresbericht veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß es den Abhängigen bisher nicht gelungen ist, in diesem Kreise festen Fuß zu fassen. Der Kreis hat 1901 männliche Mitglieder, eingezogen sind 1183. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 540. Sie hat sich im letzten Jahre um 72 vermehrt. Es ist das einer der wenigsten Kreise, in denen eine erfreuliche Zunahme der weiblichen Mitglieder zu verzeichnen ist. Auch der Merseburger Kreis hatte unter den bekannten Härten des Belagerungszustandes zu leiden. Der Kreis konnte auch sein Partei- und Arbeitersekretariat wieder eröffnen, in dem wertvolle Arbeit für die werktätige Bevölkerung geleistet wurde.

Hann. Einen herben Verlust hat unser Genosse Dr. Wagner erlitten und auch unsere Parteiorganisation durch das Hinscheiden seiner Gattin nach längerem Leiden. Hart spielt das Schicksal unserem Freunde mit. Als unsere Genossin auf dem Sterbebette lag, er-

## Soldatentrost.

Von Paul Selke.

Wenn man die Entwicklung der Erzeugnisse von Sechstagen und Druderschwarz in diesen vier Kriegsjahren überblickt, möchte einen gelinder Zweifel erfassen, ob die Erfindung Gutenbergs als ein Segen für die Kulturgeschichte anzuspochen sei. Kaum auf noch einem Gebiet haben die herrschenden Gesellschaftsklassen aller kriegsführenden Länder ihre internationale Uebereinstimmung so unverhüllt zum Ausdruck gebracht, als in dem Stoff, der den fast ausschließlich in diesem Kriege Opfern, den Büßern, als geistige Nahrung vorgelegt wird. Trotz Papiernot hat man in weiser Erkenntnis des napoleonischen Ausspruchs, eine Zeitung wiege ihm mehr denn 1000 Gewehre, eine Art internationale Massenlektüre für geistige Verblödung etabliert. Wobei allerdings nicht der freiwilligen Dienste vergessen werden soll, die der herrschenden Klasse von den internationalen Reformsozialisten geleistet worden. Naturgemäß steht der Soldat dieser Papierüberschwemmung am hilflosesten gegenüber. Denn der Zivilbevölkerung stehen bei gutem Willen immer noch Quellen genug zur Verfügung, an denen sie namentlich die unter wissenschaftlichem Deckmantel stehenden Literaturprodukte auf ihren wahren Gehalt prüfen kann. Anders der Soldat. Sein eintöniges Leben hungert nach Neuigkeiten, und zwar solchen, die ihn ein Ende seiner Qual erhoffen lassen. Auf dieses Sensationsbedürfnis sind denn auch die unter den Soldaten meist verbreiteten Blätter eingestellt. Wahre Kinodramen-Titel enthält in fettestem Druck jede solcher Zeitungsnummer. „Das feindliche Rätselraten.“ „In Erwartung des nächsten Schlages.“ „Am Vorabend großer Ereignisse.“ „Tiefe Niedergeschlagenheit in England und Frankreich.“ „Die französischen und englischen Arbeiter für Fortführung des Krieges.“ So gehts Tag für Tag und die Zeitung findet reichend Absatz.

Ist es da wohl ein Wunder, wenn ein ernst gehaltenen Artikel einer ersten Zeitung gernicht gelesen, weil er nicht verstanden wird? Wie mit dieser Zeitungslektüre sieht es aber auch mit dem meisten anderen Lesestoff des Soldaten aus. Wohl bot man hier und da in den Lazaretten leidlich eingerichtete Bibliotheken. Aber

vorherrschend ist natürlich die Kriegsliteratur. Und der Verlag Ullstein liefert an Seichtigkeitkeiten ein ganz erhebliches Quantum. Daneben laufen dann die Schund-erzeugnisse allerndrigster Art, deren Zerlesenheit auf den ersten Blick erkennen lassen, durch wieviel Hände sie bereits gewandert. Man hat auch wirklich nicht das Gefühl, als ob seitens der Behörden eine ernsthafte Bekämpfung dieser gehirnverkeimenden Produkte erfolge. Und in der Tat gibt es auch kaum ein geeigneteres Mittel, den Soldaten am Nachdenken zu hindern, als solche Lektüre. Darf man unter solchen Umständen wirklich einen besonderen Stolz darin erblicken, Deutschland als das Land der wenigsten Alphabeten anzusprechen, wenn die Kunst des Lesens und Schreibens auf Kosten völliger Kritiklosigkeit erlangt wurde?

Aus dem Wust der Broschürenflut nur ein paar Proben. Der liebe Anton Jendrich, der sich immer noch Sozialdemokrat nennt, fehlt natürlich nirgends. „Wir“, ein Hindenburgbuch von ihm, ist ziemlich weit verbreitet. Wer kennt die milden Spender, die für diese gut ausgestattete Broschüre die Kosten aufgebracht? Jendrich schildert darin die patriotische Welle, die nach dem 4. August durch Hütte und Palast gestlütet. Er singt auch der sozialen Fürsorge für die Kriegsbeschädigten ein begeistertes Loblied. Nachdem er insbesondere ausgezigt, wie für die Anglücklichen, die Kriegsblinden, gesorgt wird, versteigt er sich zu dem schönen Satz: „Es geht rüstig vorwärts. Wir haben schon über tausend Kriegsblinde!“

Aber auch von anderer Seite werden die Soldaten mit Trost bedacht. So verendet der Hühneraugen-Wachsmuth, Hamburg, der jetzt in „Amol“ macht, ein Soldatenliederbuch an die Front. Neben den üblichen Volks- und Soldatenliedern finden wir natürlich auch Lissauers Haggensang auf England und andere nationale Gegenwartserzeugnisse darin. Muß man es an sich schon dem Geschmack der christlichen Heilsverkünder überlassen, den lieben Herrgott mit diesem Morden in Verbindung zu bringen, wie abstoßend, wie gotteslästerlich muß es selbst einen „Heiden“ berühren, wenn er in diesem Liederbuch folgendes „Kriegsgebet“ findet:

„Lieber Gott! Der Du uns Deutschen bisher geholfen hat, siegreich unsere Feinde zu bezwingen, erhö-

mein Gebet und wappne das Herz unseres edlen Kaisers gegen Weichmütigkeit. Du weißt ja, daß der Russe aus Kasanhof uns bekriegt, der Franzose will Elßah-Lothringen wieder haben und kämpft darum. Aber der Teufel sitzt hinter dem Busch und das ist unser Vetter, der Engländer; er gönnt uns Deutschen nicht Luft und Sonne, nicht das Brot für unsere Kinder. Seit Menschengedenken hegt er die Völker aufeinander, und wenn sie blutend am Boden liegen, stiehlt und räubert er. Darum, lieber Gott, laß das Herz unseres guten Kaisers hart werden und ihn nicht eher Frieden schließen, bis der Britte, dieser Wechslagerer, niedergelungen am Boden liegt. Alle Deutschen schwören ihrem Kaiser, daß sie ausharren wollen, bis das herrliche Ziel erreicht ist und damit der Friede der Welt. Amen!“

Wir wollen hier ununterjucht lassen, in welche Zwangslage der liebe Herrgott kommen muß, der doch von den Briten, Franzosen, Italienern usw. in ähnlicher Weise für ihre „gerechte“ Sache angerufen wird. Zweck dieser Zeilen ist es, die Genossen daheim aufzurufen, gegen diese geistige Vergiftung ihrer Brüder im Militärrod mit allen Mitteln anzukämpfen. Das Lesebedürfnis der Soldaten ist zweifellos groß. Man hat daheim immer noch nicht zur Genüge erkannt, welchen Wert eine Zeitung, die sich die Vermittlung der Wahrheit aufs Banner geschrieben, für unsere künftige wirtschaftliche Gestaltung hat und natürlich auch für die politische. Seht in Euren Schränken nach. Vielleicht findet sich hier und da auch noch ein gutes Büchlein, eine hübsche Erzählung. Auch sie ist ein wertvolles Mittel, ja das beste mit, den elenden Schund zu bekämpfen. Bedenkt, daß Ihr Euch damit den größten Dienst selbst leistet, wenn Ihr dafür sorgt, daß Eure Brüder draußen nicht geistig stumpf gemacht werden. Denn aufgeklärte Köpfe brauchen wir in Zukunft mehr denn je. Aber gebt Eurer lieben Bequemlichkeit öfter einen kleinen Stoß und schreibt Euren Freunden, schreibt ihnen, wie es in Fabrik, Kontor, in der Organisation aussieht. Das sind die besten Bindemittel. Für Euch eine kleine Mühe, für die da draußen ein großer Liebesdienst, für unsere Kulturarbeit die beste Agitation!



elke ihr die Nachricht, daß sein ältester Sohn bei den letzten Kämpfen vermißt sei. Was Genossin Wagner anseiner Partei war, können nur die erweisen, die mit ihr im persönlichen Verkehr standen. Nicht nur eine gute Köchin und Mutter, sondern eine wirkliche, hilfsbereite Sozialistin ist nicht mehr. Vielen Genossen im Felde von Hunderten von Familien zu Hause hat sie mit vollem Händen gegeben und Not und Elend gemildert. Weihnachten war für sie ein Freudentag. Da lausie sie, um den Kindern und Frauen eine Freude zu machen, manenhaft ein und trug es, trotz ihrer Straftat, selbst zur Familie. Sie war glücklich, hatte sie anderen eine Freude bereitet. Wie dachte sie an sich, stets an andere. Die Partei unterstützte sie, wo sie konnte, in reichlichem Maße. Sie vertrat, wie ihr Gatte, in der Partei eine prinzipielle grundsätzliche Politik und stand auf dem linken Flügel der Partei. Wir werden ihrer stets in Ehren gedenken. Hoffen wir, daß ihren Gatten der schwere Verlust als Kämpfer nicht beugen wird und er weiter mit Energie und Mut für die Entertien eintritt.

#### Aus der Bewegung der Abhängigen.

Scheidemanns Primadonnenreise hat bekanntlich in Solingen einen schrillen Mißklang zeitigt. In der abhängigen Presse herrscht darüber große Entrüstung. Man sucht den Solinger Vorfall als eine raffiniert angelegte Störungsaktion der Unabhängigen Partei hinzustellen. In Wirklichkeit handelt es sich um einen elementaren Stimmungsausbruch der Solinger Arbeiterschaft, die auf diese Weise ihrem einst vergötterten Scheidemann ihre Unzufriedenheit mit dessen Kriegspolitik ausdrückte. Dafür werden jetzt alle Entrüstungsregister gegen die Solinger Parteigenossen gezogen. Eine Notiz, die sie als Ignoranten, Kraftecker, Wirrköpfe usw. bezeichnet, stammt offenbar aus der Lindenstraße 3, aus der Feder Scheidemanns selbst. Im Zusammenhang damit wird in einem anderen Artikel allerletzt über die mangelnde Werbekraft der Unabhängigen orakelt. Derselben Tenor, in deren Reihen die Unzufriedenheit mit der Fraktionspolitik täglich mehr zum Ausdruck kommt, reden von einem ständigen Niedergang der U. S. P. D.

In den Reden, die Herr Scheidemann in Essen und Solingen hielt, mußte er natürlich auch gegen die Unabhängige Partei losziehen. Es waren die alten, durch ihre Wiederholung nicht überzeugender werdenden Behauptungen, so z. B., daß die Unabhängigen gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes und der politischen Zensur gestimmt hätten. Herr Scheidemann nahm für seine Partei in Anspruch, daß sie abhängig von der Vernunft sei. Aber selbst in den Kreisen seiner Parteigenossen sagt man diese Abhängigkeit etwas anders an. Die Arbeiterschaft wird mehr und mehr erkennen, wo die politischen Bankrotteure zu suchen sind.

Die Haltung der abhängigen Fraktion wird in deren Parteikonferenzen häufig einer scharfen Kritik unterzogen. Wenn auch die abhängige Presse manches davon verschweigt oder nur sehr zaghaft andeutet, so geht doch daraus hervor, daß man mit der Haltung der Fraktion nicht mehr einverstanden ist. So haben kürzlich in Mannheim, Stuttgart, Königshütte usw. eine ganze Anzahl von Parteimitgliedern ihre Unzufriedenheit mit der Politik ihrer Partei ausgesprochen. Besonders ist man in weiten Kreisen mit der Bemilligung der Kriegskredite nach der letzten Krise durchaus nicht einverstanden.

Diese Unzufriedenheit äußert sich auch im politischen Teil der abhängigen Parteipresse. Herr Stämpfer versucht in einem Korrespondenzartikel die Haltung der Fraktion zu rechtfertigen. Die Frankfurter Volksstimme ist aber durchaus nicht mit ihm einverstanden. Sie findet ein Echo auch in anderen Blättern. Allerdings herrscht in diesen Fragen eine ziemliche Konfusion. So weitert in der Rheinischen Zeitung Herr Meerfeld gegen die Regierung, besonders gegen den Kanzler Hertling, ist aber der Meinung, daß die Verweigerung der Kriegskredite nicht in Frage kommen könne. Derselbe Anschauung vertritt Herr Duard, der nicht allein genügende Kriegskredite, sondern auch das Festhalten an der Reichstagsmehrheit befürwortet. Seiner Weisheit letzter Schluss ist, daß er der Krone sehr gut zuredet, sie müsse sich mit konstitutionellen Beratern umgeben.

Die Sozialdemokratie Badens hat kürzlich in Offenburg ihren Parteitag abgehalten. Die ganze badische Partei zählt jetzt noch 5711 Mitglieder, darunter 1799 weibliche. Besonders wird über den ungünstigen Stand der Massenverhältnisse geklagt. Der Mitgliederbeitrag wurde auf 15 Pf. pro Woche für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht. Auf dem Parteitag hielt der Abgeordnete Döcker eine große politische Rede, die auf eine rückhaltlose Verherrlichung der regierungssozialistischen Politik hinauslief. Im Gegensatz zu den fürchterlichen Zuständen in Rußland verlangt er die Evolution, „das etappenweise Fortschreiten unter Ausnützung aller tatsächlichen Vorteile des Augenblicks“. Im Zusammenhang damit kritisierte er die großen Erfolge der regierungssozialistischen Politik heraus. Dabei durfte es natürlich nicht an Angriffen auf die Unabhängigen fehlen, die daran schuld sein sollen, daß die Friedenspolitik der Abhängigen und der Regierung bisher zu keinem Erfolge geführt hat. Vertreten waren auf dem Parteitag etwa 50 Delegierte. Die Stadtbehörde von Offenburg hatte entgegenkommend für die Verpflegung der Gäste gesorgt. Diesen wurden auch die Vorschriften bei Fliegerangriffen zu Gemüte geführt.

Welche Kräfte die sozialdemokratische Großblutpolitik in Baden getragen hat, geht daraus hervor, daß das badische Zentrum jetzt den Triumph davon getragen hat, daß der obligatorische Religionsunterricht in den badischen Fortbildungsschulen eingeführt worden ist.

Abhängige Verleumdungen. In verschiedenen Orten wird von den Funktionären der Regierungssozialisten ein systematischer Verleumdungskrieg

geführt. Es wird behauptet, daß die Genossen Haase, Herzfeld, Schwarz und Geier im Reichstage nur gegen Kriegskredite stimmten, aber brav Kriegsanleihe zeichnen. Demgegenüber sei folgende Zeile: Die Genossen Haase, Herzfeld und Geier haben niemals Kriegsanleihe besessen und besitzen keine Kriegsanleihe. Dasselbe gilt für den Genossen Schwarz, solange er der Unabhängigen Sozialdemokratie angehört.

Dem Genossen Haase wird vorgeworfen, er habe seinen Sohn als Kriegsfreiwilligen in das Heer treten lassen. Genosse Haase ist schon zweimal dieser Behauptung in der Presse entgegengetreten. Der Sohn des Genossen Haase hatte für den 18. August 1914 seinen Stellungsbescheid erhalten. Um die Freiheit der Wahl des Truppenteils zu haben, ist er der Zwangseinstellung zugewilligt, indem er sich freiwillig bei dem ihm zugeordneten Truppenteil meldete. Alle gegenteiligen Behauptungen können von den Genossen ohne weiteres als böswillige Verleumdungen gebrandmarkt werden.

Im Kreis Wiesbaden-Rheingau-Untertannus haben die Abhängigen den seitherigen Reichstagskandidaten G. Lehmann aus Mannheim abgesetzt. (Lehmann gehörte auch von 1907 bis 1912 dem Reichstag an.) Darob ein kleines „Nachspiel“ im abhängigen Organ, der Frankfurter „Volksstimme“. Lehmann wollte das hinterhältige Verfahren, das man gegen ihn betrieb — so wurde er u. a. nicht einmal zur fraglichen Kreisversammlung der Abhängigen eingeladen, noch sonst gehört, — gebührend fest. Ihm antwortet Herr Haase (Bauarbeiterbeamter in Wiesbaden) als Kreisvorsitzender, der auch die treibende Kraft mit bei diesem Spiel war. Lehmann dünkt ihnen nicht genügend „unbrennbar“. Zwar sei er Mitglied der Abhängigen, doch sein Verhalten im Lauf der Kriegsjahre habe mehr einer Unterstützung der Opposition gegolten. Das mußte gerochen werden. Das letzte Spiel der Herren Haase und Genossen erinnert an ähnliche Vorgänge bei der letzten Stadtverordnetenwahl in Wiesbaden zu Ende vorigen Jahres. Zwei Mitglieder der Abhängigen schießen aus. Doch der eine davon — ein in der Arbeiterbewegung ergrauter Mann — trat „freiwillig“ zurück, der andere, zurzeit in französischer Gefangenschaft, wurde nicht wieder aufgestellt und so konnten Haase und einer seiner Kumpane die beiden Stadtverordnetenämter mit Hilfe der Bürgerlichen, die sie bei der Wahl burgfriedlich unterstützten, einnehmen. Damals schon setzte eine starke Rebellton in Wiesbadener Arbeiterkreisen ein. Bei der kommenden Reichstagswahl wird Herr Haase und Genossen eine ähnliche Mandatschiebung nicht gelingen. Dafür sorgt die U. S. P., die sich auch im Wiesbadener Wahlkreis wachsender Sympathien erfreut. Soweit die Arbeiterkreise im Frage kommen, besitzt unsere Organisation auch im Wiesbadener Kreise bereits heute die Mehrheit. Dabei sind wir in diesem Fortschreiten begriffen. Natürlich: das Angeschickelntum aller Schattierungen steht nebst engerem Anhang auch in diesem Kreise im Lager der Regierungssozialisten. Dafür sind die Herrn auch gut reklamiert und dauernd unabhömmlich. Die größten Mannheiden der Abhängigen an erster Stelle. Das paßt zum Bilde.

Im Wahlkreis Zweibrücken-Pirmasens (Pfalz) schritten unsere Genossen kürzlich zur Bildung einer Wahlkreisorganisation, nachdem ihr die Gründung verschiedener Ortsgruppen der U. S. P. vorangegangen. Die Kreisorganisation, die zurzeit in den verschiedenen Orten 140 Mitglieder zählt, ist im besten Fortschreiten. Mehr und mehr vollziehen neue Ortsgruppen und Mitglieder ihren Anstich. Voran marschieren als stärkste Filialen Pirmasens und St. Ingbert. Mangelnde Schwierigkeiten hat die U. S. P. im Saarrevier zu überwinden. Doch wir haben fester Fuß gefaßt. Unsere Partei zählt heute in einer Anzahl Orte 190 Mitglieder. Daran sind drei Reichstagswahlkreise beteiligt. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat rund 180 Abonnenten. (Das ist sehr erfreulich!) Unsere Genossen, die in diesem Gebiet zähe, unermüdete Arbeit leisten, sind weiterer Fortschritte unserer Bewegung gewiß. Nicht locker lassen, heißt auch hier die Parole.

Eine Wahlkreisorganisation schafften auch die Genossen im Kreise Darmstadt-Großgeran (Hessen). Acht Orte mit über 100 Mitgliedern waren bei der Gründung beteiligt. Bergeblisch waren die Mahnungen des abhängigen Kreissekretärs, den „Quertreibern“, „Partei-spalttern“ usw. — so hieß es in einem seiner Zirkulare — kein Gehör zu schenken. Wo die unabhängigen Agitatoren aber aufkauten, sollte man ihm sofort Nachricht geben, eventuell telegraphisch. (Da kann der Herr noch öfter mit Telegrammen rechnen!) Unlängst erschien Frau Juchas, Berlin, höchst persönlich in Kasselheim, dem zweitstärksten Ort des Kreises, um die Arbeiterinnen des Oppelschen Werkes zu „belehren“. In der Diskussion trat ihr Genossin Sander aus Frankfurt a. M. entgegen. Der die Versammlung leitende Metallarbeiterbeamte machte wiederholt den Versuch, unserer Genossin das Wort zu entziehen. Doch der entschiedene Widerspruch der Versammelten hinderte ihn daran. Nach einem mit eisiger Kälte aufgenommenen Schlußwort zog Madame Juchas ab, die Arbeiterinnen blieben noch mit unserer Genossin beisammen und Beitritte zur U. S. P. beschlossen den Abend. So mag Frau Juchas noch öfter „wirken“.

#### Von der Hungersnot in Rußland.

(Ein Brief Lenins an die Petrograder Arbeiter. Ende Mai.)

Genossen! Reulich besuchte mich Euer Delegierter, ein Arbeiter von den Putilowwerken und entwarf ein äußerst trauriges Bild der Hungersnot, die in Petersburg herrscht. Wir wissen, daß in einer ganzen Reihe Industrie-Gouvernements die Lebensmittelfrage eine ebenso kritische Form angenommen hat, der Hunger klopfte dort ebenso schre-

lich an die Tür der Arbeiter und bedürftigen Bevölkerung.

Zur gleichen Zeit beobachten wir eine freche Spekulation mit Brot und anderen Lebensmitteln. Nicht etwa, daß es kein Brot in Rußland gäbe, nicht darauf ist der Hunger zurückzuführen, sondern darauf, daß das Bürgertum und alle Reichen gerade mit diesem äußerst scharfen und unfehlbaren Mittel die Herrschaft der arbeitenden Massen, die Macht der Sowjets in der letzten entscheidenden Schlacht stürzen wollen. Das Bürgertum und alle Reichen, insbesondere die Spekulanten unter den reichen Bauern, wollen das Getreidemonopol untergraben, vernichten die staatliche Verteilung des Getreides, die vor allem die arbeitenden, notleidenden Massen mit Brot zu versehen suchen. Dies Bourgeoisie verhindert die Durchführung von Maximalpreisen, spekuliert auf das Getreide, verdient je ein, zweihundert Rubel pro Pud Getreide und mehr, sie vernichtet das Getreidemonopol und die regelmäßige Verteilung des Getreides durch Besteuerung, durch wohlüberlegte böswillige Untergrabung der Macht der Arbeiterklasse, die die Verwirklichung des ersten Gebotes des Sozialismus „Wer nicht arbeitet, darf nicht essen“, anstrebt.

„Wer nicht arbeitet, darf nicht essen“, dieser Grundsatz ist einem jeden Arbeitenden verständlich. Mit ihm sind alle Arbeiter einverstanden, alle ärmeren und sogar nicht ganz armen Bauern, alle diejenigen, die wissen, was Not bedeutet und je auf ihren eigenen Verdienst angewiesen waren, sind mit dieser einleuchtendsten unter allen Wahrheiten einverstanden, die die Grundlage des Sozialismus, die unaustrittbaren Wurzeln seiner Kraft, die sichere Garantie seines endgültigen Sieges ausmacht, einverstanden.

Aber darin gerade liegt die Schwierigkeit der ganzen Frage, daß zwischen dem Lippenbekenntnis zu diesem Grundsatz, zwischen dem Eid, daß man mit ihm einverstanden ist und der Fähigkeit ihn durchzuführen, ein großer Abstand besteht.

Wenn in einem Lande, das sich kommunistische Republik nennt, Millionen und Millionen Pud Getreide von Spekulanten und Buchstern unter schlagen werden, während Hunderte, Tausende und Millionen vom Hunger gequält werden (in Petersburg, in den nichtagrarischen Gegenden, in Moskau) ist für einen jeden Klassenbewußten Arbeiter und Bauern Stoff zur Ueberlegung und erstem Nachdenken vorhanden. „Wer nicht arbeitet, darf nicht essen“ wie ist dieser Grundsatz durchzuführen?

Es ist ohne weiteres klar, daß dazu notwendig ist 1. die Durchführung des Getreidemonopols, d. h. das Verbot des Privathandels mit Getreide, die obligatorische Uebergabe an den Staat zu Maximalpreisen des ganzen Ueberflusses an Getreide, das absolute Verbot der Verheimlichung und Nichtablieferung des Getreides, 2. die Registrierung aller Getreidebestände und tadellose Lieferung von den getreidereicheren in die getreidebedürftigen Gegenden, der Vorrat an Saat, am notwendigen für die nächste Ernte, 3. strenge Durchführung der absoluten, eine jede Begünstigung ausschließenden Verteilung des Getreides unter allen Bürgern des Landes, unter Kontrolle der arbeitenden Klassen, des proletarischen Staates.

Es genügt auch nur ein klein wenig über diese Bedingungen des Sieges über den Hunger nachzudenken, um die ganze Stumpfheit der anarchistischen Phrasen zu erfassen, die die Notwendigkeit des Staates bestreiten (unerbittlich gegen die Bourgeoisie, ebenso wie gegen die Veruche, die Macht zu desorganisieren) für den Uebergang vom Sozialismus zum Kommunismus, für die Befreiung der arbeitenden Massen von jeglichem Joch und jeglicher Ausbeutung. Gerade jetzt, wo unsere Revolution — und darin besteht ihr großes Verdienst — unmittelbar an die Frage der Verwirklichung des Sozialismus herangereitet, gerade jetzt, und in der Hauptfrage, in der Brotfrage, ist es klar, wie notwendig eine eiserne revolutionäre Macht ist, die Diktatur des Proletariats, die Organisation der Einsammlung der in Betracht kommenden Produkte, ihrer regelmäßigen Zufuhr, die Sorge für die zukünftige Saat und Ernte, alles das in großem nationalen Maßstabe, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Millionen und aber Millionen von Menschen.

Romanow und Kerenski haben der Arbeiterklasse ein Land hinterlassen, das durch ihre räuberische Politik, durch den veröcherlichen und folgenschweren Krieg, durch die einheimischen und fremden Imperialisten unglücklich zerstört war, bis aufs äußerste. Brot kann nur dann für alle ausreichen, wenn alles bis auf das letzte Pud berechnet wird und bis auf das letzte Pfund gleich verteilt wird. Auch an Heizmaterial ist großer Mangel, Arbeitslosigkeit, Einstellung des Eisenbahnverkehrs droht, das Volk wird verhungern, wenn bei dem Verbrauch und Verteilung des Heizmaterials nicht die größte Sparsamkeit und Gleichberechtigung obwaltet. Die Katastrophe ist ganz nah an uns herangerückt, der Mai war unerträglich schwer, die noch schwereren Monate Juni, Juli und August stehen noch bevor.

Das Staatsgetreidemonopol existiert zwar dem Gesche nach, allein die Bourgeoisie vernichtet es in der Praxis. Der reiche Bauer, der gewöhnt ist, auszubenten und auszuhungern, zieht auch jetzt die Spekulation vor, die Schuld am Hunger kann ja ohne weiteres dem Sowjet zugeschrieben werden. Ebenso verfahren die politischen Verteidiger dieser Spekulanten, die Kadetten, rechten S. R. und Menschevitz, die offenkundig und geheim gegen das Getreidemonopol und gegen die Macht der Sowjet arbeiten. Auch die linken S. R., schwach und unentschlossen wie immer, lassen sich von den Klagen der bedrohten Spekulanten einschüchtern, auch sie weichen nicht die nötige Festigkeit in ihrer politischen Stellungnahme, sind gegen das Getreidemonopol für die Erhöhung der Maximalpreise, für die Zulassung des Privathandels u. dergl. mehr.

(Schluß folgt.)



# Für unsere Jugend.

## Jugend und Politik.

### I.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, ob sich die Jugend um die politischen Dinge kümmern sollte, so hat der Krieg und seine Begleiterscheinungen diesen Beweis vollauf erbracht. Es bedurfte aber dieses Beweises nicht erst. Lange vor dem Kriege besorgte schon die ins Riesenhafte gehende Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, daß die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in immer größerem Maße für den Wirtschaftsprozeß, d. h. für die Herstellung aller Gebrauchsgüter, von Maschinen und Werkzeugen, von Nahrungsmitteln, Kleidung usw., gebraucht wurden.

Der Krieg hat diese Entwicklung ins Unermeßliche gesteigert und damit eine noch stärkere Heranziehung des jugendlichen Proletariats für die Produktion gefordert. Hauptsächlich aber wird die junge Arbeitskraft — neben der weiblichen — beansprucht, weil die Männer für den Krieg gebraucht werden. Der Jugendliche tritt jetzt an die Stelle des Erwachsenen. Er übernimmt die verantwortlichsten Arbeiten und bedient die kompliziertesten und gefährlichsten Maschinen. Er wird dadurch zum großen Teile der Träger unseres Wirtschaftslebens. In der Familie wird er, an Stelle des Vaters, zum Teil der Ernährer seiner Angehörigen. Der Jugendliche erhält durch diese Entwicklung der Dinge eine Selbständigkeit, die man früher für unmöglich gehalten hat.

Diese Stellung des Jugendlichen im Wirtschaftsleben und die dadurch hervorgerufene Selbständigkeit macht ihn auch geistig früher reif. Er wird sich seiner Bedeutung für den Produktionsprozeß bewußt und lernt nachdenken über alle die Dinge, die sich vor seinem ganz natürlich erweiterten Gesichtskreis vollziehen. Vor allem interessieren ihn die Fragen, die ihm als Jugendlichen besonders nahe stehen. Er fühlt, daß die übermäßig lange Arbeitszeit, die Nachtschicht, die Ueberstunden usw., seinem Körper nicht dienlich sind, daß ein früherer Verbrauch der jungen Kräfte stattfindet, er fühlt die Ausbeutung. Die Jugendschutzbestimmungen, die dieser Ausbeutung in etwas Einhalt tun können, sind seit Kriegsausbruch aufgehoben. Der Jugendliche kommt durch die Betrachtung der Dinge ganz von selbst dahinter, daß der Jugendschutz und die ganze Gesetzgebung — eine politische Angelegenheit — sich den Kriegsnotwendigkeiten anpassen und unterordnen. So wird der Jugendliche schon bei den einfachsten Fragen, wie beim Jugendschutz, den politischen Dingen nahegebracht.

Von der Arbeitsstelle geht der Weg des Jugendlichen zur Fortbildungsschule. Dort findet er bald heraus, daß der staatsbürgerliche Unterricht ausschließlich dem Zwecke dient, für die Kriegspolitik des heutigen Staates Verständnis zu wecken, daß eine einseitige Beeinflussung der Jugend im nationalen Sinne stattfindet, daß das dort Gehörte im Widerspruch steht mit den Ansichten der älteren Arbeitsgenossen. Auch hier wird ihm bald klar, daß die Fortbildungsschule eine Einrichtung des Staates ist, die nur mit Hilfe der Gesetzgebung, also auf politischem Wege, geändert werden kann.

Sogar bei der Lohnzahlung tritt eine Maßnahme des Staates an den Jugendlichen heran, der Sparzwang.

Das Hilfsdienstgesetz, von dem auch die Jugend betroffen wird, ist eine politische Maßnahme des Staates, die gleichzeitig eine Beschränkung der Freizügigkeit der Jugend darstellt.

So treten unserer Jugend bei jedem Schritt nach vorn oder zur Seite Dinge in den Weg, die letzten Endes durch die Gesetzgebung hervorgerufen werden und die politische Ursachen haben und nur durch Einwirkung auf die Gesetzgebung oder im Kampfe gegen diese geändert werden können. Da gibt es noch neben der Beseitigung des Jugendschutzes, neben der Beeinflussung durch die Fortbildungsschule, neben dem Sparzwang und dem Hilfsdienstgesetz besondere Nachverbote, Verbote des Gasthausbesuchs und des Spazierengehens nach 9 Uhr für die Jugend, alles Maßnahmen, die verschiedentlich bestehen und die Jugend bevormunden und in ihrer Freiheit beengen.

In Zukunft wird unsere Jugend bedroht durch die Militarisierung, durch die zwangsweise Einreihung in die militärischen Jugendkompagnien zu einem offensichtlichen politischen Zweck.

Für die weibliche Jugend soll durch die Einführung eines weiblichen Dienstjahres ein Gegenstück zum Militärdienst der männlichen Jugend geschaffen werden.

Vor allem aber wird unsere männliche Jugend schon im frühen Alter herangezogen. Da treten ganz von selbst Fragen über das Warum und Woher an die Jugend heran. Es wird ihr durch die Besprechung mit Gleichgesinnten nicht schwer, die treibenden Kräfte, die wirtschaftlichen und politischen Ursachen zu erkennen, die zu diesem Völkerringen geführt haben und die den Krieg all die Jahre dauern lassen.

Man kann sagen, daß es kaum etwas gibt, was nicht in irgendeiner Form mit der Gesetzgebung und mit der Politik zusammenhängt. Alle Dinge, mit denen die Jugend bei der Arbeit, in ihrer Freizeit, in der Familie, bei ihrer Fortbildung usw. zusammenkommt, haben politische Ursachen oder stehen in engster Verbindung mit der Politik. Darum wird das Interesse der Jugend an der Gestaltung der Gesetzgebung und Verwaltung im Staate ganz von selbst geweckt. Es ist deshalb nach alledem ganz selbstverständlich, daß sich die Jugend um die politischen Dinge kümmern und daß sie ihre eigenen politischen Interessen gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft vertreten muß.

p. sch.

## Wieder auf der richtigen Fährte.

### II.

Die Jugendbewegung wurde nicht nur von dem geschilderten Streit in der Arbeiterbewegung erfaßt, sondern sie hatte sich außerdem von der Bevormundung der von den Erwachsenen eingesetzten Jugendinstanzen zu befreien. Die Jugendbewegung war durch diese Instanzen unelbstständig, fast autokratisch, weil die Jugendausschüsse und die Zentralkomitees für die arbeitende Jugend nicht von der Jugend gewählt, sondern von den Erwachsenen eingesetzt waren. Die gefassten Beschlüsse dieser Instanzen wurden der Bewegung einfach vorgelesen und die Jugend zum gedankenlos ausführenden Organ gemacht. Dieser vom erzieherischen Standpunkt sehr bedenkliche und vom Standpunkt der Demokratie unhaltbare Zustand sollte beseitigt werden. Die Selbständigkeitsbestrebungen der Jugend als auch der Kampf gegen die ins nationalistische Fahrwasser geratene Schul-Ebert-Peters-Zentrale erzeugten dann die Spaltung und die Gründung neuer selbständiger Jugendvereine.

Die aus diesem Kampfe entstandene oppositionelle Jugendbewegung hatte sich infolge des rührigen Anteils der Jugend zu einer Organisation über ganz Deutschland entwickelt. Eine Konferenz, die von fast allen Orten besetzt war, schuf eine Zentrale, welche die Verbindung aufrechterhalten und die Herausgabe einer neuen Kampfzeitschrift erledigen sollte. Gleichzeitig wurden auf der Konferenz Richtlinien für die weitere Tätigkeit der Bewegung festgelegt. Diese sind in der bekannten Jenaer Resolution niedergelegt.

Schwer getroffen wurde jetzt die Jugendbewegung durch die brutale Bekämpfung. Die tätigen Mitglieder wurden denunziert, zum Militär eingezogen und in die Gefängnisse gesteckt, ein ganzer Haufen von Redeverboten sauste hernieder. Die unter unsäglichen Schwierigkeiten geschaffene Zeitschrift „Freie Jugend“ wurde schon mit der zweiten Nummer verboten. Die Einberufung der jüngeren Jahrgänge sorgte dafür, daß die Bewegung schwer daniederlag. Deutlich kam dies auf der Jahreskonferenz 1917 zum Ausdruck.

Aber noch eine neue Erscheinung kam hinzu, die störend auf die Entwicklung der Bewegung einwirkte. Es traten Bestrebungen auf, die vielleicht gut gemeint waren, aber sich nicht den Entwicklungsbedingungen einer jungen Bewegung anpassen. Hauptsächlich kamen diese Bestrebungen von Bremen und zum kleinen Teil von Berlin. Man hielt es für nötig, den praktischen politischen Kampf schärfer zu propagieren, man wollte mehr Kampfes- als Bildungsorganisation sein, statt beides zusammen. Die Jugend, in ihrem lebhaften Drang, die Bewegung zu fördern, ging auf die Vorschläge ein und kam dadurch in eine entgegengesetzte Strömung, aus der sie sich hier in Berlin erst seit einiger Zeit und hoffentlich endgültig durch den vor kurzem stattgefundenen Zusammenschluß der beiden oppositionellen Jugendvereine auf Grund der Jenaer Resolution befreite. So hat die oppositionelle Jugendbewegung in ihrem zweijährigen Bestehen alle Kinderkrankheiten überwinden müssen, um jetzt, durch die Erfahrungen belehrt, am alten Weg und Ziel festhaltend, wieder mit dem Neuaufbau zu beginnen. Möge die gesamte deutsche Jugendbewegung fortan auf diesem Wege wandeln und darüber hinaus die Internationale richtunggebend beeinflussen.

Freilich können beim Neuaufbau nur die Jüngeren mitwirken, denn die älteren Jugendgenossen, die

17—23 jährigen, als eigentliche Träger der Bewegung, steden im Waffentod. Aber diese Älteren werden neuen Kampfesmut finden, wenn sie von der Gesundheit der Bewegung hören. Und diejenigen, die untätig beiseite stehen, werden, erneut aufgemuntert, überall, wo sie können, die Arbeiterbewegung vorwärts drängen. Und dieses Beispiel wird weiter wirken, wenn erst die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse reifer geworden, die psychologische Voraussetzung für kommende Klassenkämpfe geschaffen haben. Aber nicht nur von dem Reiferwerden der Verhältnisse ist die künftige soziale Revolution abhängig, sondern auch von der Revolutionierung der Gehirne der Menschen. Letzteres ist die vornehmste Aufgabe der Jugendbewegung und das verlangt auch die Jenaer Resolution. B. S.

## Vom Sparzwang.

Der sparfremde Wochenverdienst der Jugendlichen unter 18 Jahren ist durch Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken auf 36 Mark erhöht worden. Von dem überschüssigen Verdienste kann nach ein Drittel ausgezahlt werden. Das übrige ist wie bisher an die Sparkasse abzuführen.

## Ein Waldfest

### der Jugend unter Bewachung.

Daß es ohne hohe Obrigkeit nicht geht, mußte die Berliner Jugend erneut am 14. Juli erfahren. Ein harmloses Waldfest bot eine Gelegenheit, sich auf dem heimatischen Kriegsschauplatz zu betätigen. Kaum hatte sich die Jugend auf einem Lagerplatz niedergelassen, da forderten auch schon die erschienenen Beamten zum sofortigen Verlassen des Platzes auf, da er Privatbesitz sein sollte und — wer laßt da — noch ein vorzügliches Rufsutter abgeben. Den Beweis für diese Behauptung blieben die Beamten allerdings schuldig. Unsere Jugend fand aber dennoch Gelegenheit, ihr Festprogramm abzuwickeln. Selbst auf die Bedeutung des 14. Juli, an welchem Tage im Jahre 1789 die Pariser Arbeiter die Bastille erürmten, konnte hingewiesen werden. Ein Hoch auf die internationale Jugendbewegung schloß den Festteil. B. D.

## Unsere Jugendheime.

Berlin, Brunnenstraße 57, 6. part. (Geöffnet: Wochentags 7—10 Uhr abends, Sonntags 6 bis 10 Uhr abends.)

Berlin, Königsbergerstr. 7, vorn I. (Wochentags 6 bis 10 Uhr, Sonntags 7—10 Uhr.)

Reinickendorf, Amendestr. 79, vorn part. (Dienstag und Donnerstag 7—10 Uhr, Sonntags 4—10 Uhr.)

Lichtenberg, Dossstr. 2, vorn. (Dienstag und Freitag abends.)

Friedrichshagen, Scharnweberstr. 59, Hof geradezu. Mittwoch und Sonnabends 8—10 Sonntags 7—10 Uhr.)

Mariendorf, Ringstr. 83, vorn part. (Mittwoch und Sonnabends 8—10, Sonntags 5—10 Uhr.)

Schöneberg, Gleditschstr. 19, vorn part. (Mittwoch und Donnerstag 8—10, Sonntags 6—10 Uhr.)

## Die Unteroffiziere in der Arbeiterjugend.

Einen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse der abhängigen Jugend gestattet uns ein zugeflogener Bericht über eine am 30. Juni stattgefundene Jugendkonferenz. Vergleicht man diesen Bericht eines Teilnehmers mit dem in der Presse erschienenen, dann versteht man, weshalb die Öffentlichkeit über die wirklichen Zustände innerhalb der abhängigen Jugendbewegung getäuscht wird. Man hat allen Grund dazu. Geradezu nichts hat die Jugend dort zu bestimmen. Die Bevormundung der Erwachsenen geht gar nicht schlimmer zu treiben. So zum Beispiel wünschten die jungen Mitglieder der „Arbeiterjugend“ eine Aussprache mit den Anhängern der „Freien Jugend“. Da kamen sie aber bei den Erwachsenen schon an. „Die Jugend sollte sich darum noch nicht kümmern. Es sei Sache des Jugendausschusses, darüber zu entscheiden, ob eine solche Diskussion stattfinden könne. Für die Jugend seien Spiele besser, als die Beschäftigung mit Zukunftsproblemen. Das Urteil der Jugend könne für die Erwachsenen nicht maßgebend sein. So und ähnlich hagelte es auf die Jugendlichen von den alten Vormündern hernieder. Was nützt da alle Rebellion der Jugend gegen diese Anmaßung des Alters, wenn zum Schluß der Jugendausschuss bestimmt, was er will. Interessant war bei einer anderen Gelegenheit die Mitteilung eines Jugendleiters, daß im Charlottenburger Jugendheim die Erwachsenen sich wie Unteroffiziere betätigten. Dort nähmen an den Vorstandssitzungen oft 10 in e Jugendlichen teil. Für dieses Charlottenburger Idyll hat man auch schon aus dem staatlichen Jugendfonds 500 Mark ergattert. Von Seiten der Jugend wurde übrigens auch die „Arbeiterjugend“ als Erwachsenenbewegung bezeichnet. Dies Urteil zeigt, daß auch die Jugend endlich einsieht, daß sie bevormundet wird. Dann kann es nicht mehr lange dauern, bis die Jugendlichen, die noch dem abhängigen „Verein Arbeiterjugend“ angehören, die Erwachsenen unter sich lassen und der „Freien Jugend“ beitreten.



## Auf Axtation in den Thüringer Landen.

Unser Genosse E. H. schreibt uns:

Meine Thüringer Ferienreise benutzte ich, um an verschiedenen Orten mit der Jugendführung zu nehmen. Freudig übertraut bin ich von dem Erfolg meiner Bemühungen. Schon längst wußten wir in Berlin aus vielen Zuschriften aus dem Reich, daß sich die Jugend von der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“ losgelöst hatte. Daß aber auch an Orten, in denen die „Arbeiter-Jugend“ aus alter Gewohnheit gelesen wird, Abkühlung gegen die „Zentralstelle“ besteht, konnte ich zu meiner Genugtuung persönlich erfahren. Es bedurfte nur der Aufklärung über die wirkliche Lage in der Jugendbewegung, um auch diese Genossen für unsere Bestrebungen zu gewinnen. An anderen Orten wieder hat man längst mit der „Arbeiter-Jugend“ gebrochen, aber nicht den Anschluß an die anderen oppositionellen Jugendvereine gesucht oder gefunden. Auch hier zeigte es sich, wie not eine persönliche Aussprache tut. Vor allem aber

## Weiteres.

### Der würdige Philipp.

Unsere Leser sollen in dieser ersten Zeit auch einmal eine leitere Minute haben. Diese wird ihnen sicherlich folgender Herzensergerg verschaffen, den Herr Philipp Scheidemann in der „Chemnitzer Volksstimme“ verjapft hat. Der große Mann schreibt da: „Das Spektakelstück, das am 18. Juli in Solingen von einem Teil der Versammlungsbesucher aufgeführt worden ist, kann keinen Menschen weniger überrascht haben, als mich. Mir war denn auch während jener Szenen das ganze Geschehen gar nicht an. Das haben wohl auch die Berichterstatter, die in der Presse über meine Axt und mein „spöttisches Lächeln“ geschrieben haben, ganz richtig empfunden.“

Ich habe es für selbstverständlich gehalten, daß die seit Jahren ganz ziellos betriebene Verbetungs- und Verleumdungsarbeit der „Vergifteten Arbeiterstimme“ nicht ohne Folgen bleiben könne.

Die Verbetungsarbeit der „V. A.“ gegen mich hat nicht etwa erst im März begonnen. Sie setzte erheblich früher ein, nämlich sobald die „neue“ Redaktion warm geworden war. Die letzten Spuren der Verbetungsarbeit, die Gerhart Hilbebrand als Redakteur der „V. A.“ in Solingen geleistet hatte — ich bin keinesfalls mit allem einverstanden gewesen, was Hilbebrand vertreten hat! — sollten ausgerottet werden.

Ich dachte weder in Steuerfragen so konservativ wie die neue Solinger Redaktion, noch konnte ich das aufgeregte Massenstreikgeschrei einiger Frauen gutheißen. Nachdem ich 1913 auf dem Parteitag in Jena nicht so galant, wie es erwartet worden war, mit Frau Rosa Luxemburg diskutiert hatte, wurde ich meinen Wählern in der „V. A.“ immer deutlicher als ein wirklich schiefjünger Kerl graulich gemacht. Das einzige Lebenszeichen, das ich einige Wochen später auf einer Vortragsreise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus der Redaktion der „V. A.“ erhielt, war ein Brief und ein Paket, das Kummern der „Vergifteten Arbeiterstimme“ enthielt, in denen alle Dredspriester, die irgendwo „radikale“ Genossen für mich bestimmt hatten, sorgsam gesammelt waren, damit die Solinger Genossen klar und deutlich erkennen sollten, wen sie als Kandidaten und Abgeordneten seit 1897 mit ihrem Vertrauen beehrt hatten.

Seit 1897 — also seit mehr als 20 Jahren! In schwerster Zeit wurde ich gerufen. Ob ich bemüht gewesen bin, meine Pflicht als Solinger Abgeordneter zu erfüllen, das mögen andere beurteilen. Es widerstrebt mir, im einzelnen darzustellen, wie die Pressefreiheit für mich in Solingen schon längst vor dem Kriege von den dortigen Führern der Unabhängigen beseitigt worden ist, und wie sie, die sich die Presse und die Organisation zu sichern wußten, den von ihnen über mich verhängten Belagerungszustand handhaben. Ich durfte vor meinen Wählern im Kriege nur unter der Bedingung reden, daß im selben Saal vor meinen Wählern kurz darauf der Abgeordnete Haase auch redete! Da ich nicht das geringste von einem solchen Verfahren zu befürchten hatte, ging ich mit Vergnügen darauf ein. In meiner überfüllten Versammlung fand ich jubelnde Zustimmung; in der anderen, sehr schlecht besuchten Versammlung, herrschte eine Stimmung wie in einem Eiskeller. Deshalb stellte die unabhängige „Vergiftete Arbeiterstimme“ fest, daß in meiner Versammlung „Krethi und Plethi“ gewesen sei.

Krethi und Plethi sollten mich nicht noch einmal hören! Denn es wäre wirklich zu blamabel gewesen, wenn die „V. A.“ jahrelang täglich, nur die Sonn- und Feiertage ausgenommen — lagen wir rund tausendmal — ihren Lesern beschworen hätte, wie verräterisch die von mir vertretene Politik ist, und wenn ich dann nur ein einziges Mal hätte reden können, und „Krethi und Plethi“ hätte mir wieder recht gegeben. Das sollte unter allen Umständen verhütet werden, und deshalb wurde die Versammlung am 18. Juli planmäßig gesprengt. Hauschlüssel, die sich zum Öffnen eignen, wurden zur geistigen Waffe der Unabhängigen, was ich durchaus verständlich finde. „Wie der Herr so d's Gescherr“, wie die Politik, so die Art und Weise ihrer Vertretung.

Als einer meiner Freunde im Kreise Solingen mir vor etwa 15 Monaten schrieb, daß einige von der „V. A.“ getäuschte Arbeiter, die sich für radikale Sozialdemokraten halten, wieder einmal eine Resolution gegen mich beschließen hätten, schrieb ich ihm den folgenden Brief, aus dem klar zu ersehen ist, daß ich meine Pappenheimer nicht erst seit dem 18. Juli 1918 kenne:

Berlin, den 23. April 1917.

Lieber Freund!

Schönen Dank für Deinen Brief. Laß Dir folgendes gesagt sein: Ich habe mich daran gewöhnen müssen, jeden Tag dies oder jenes über meine

zeigte es sich, daß es an einer Verbindung fehlt, die diese Jugendvereine ständig über die Vorgänge in der Jugendbewegung unterrichtet. Bisher stand der Jugend im Reich fast ausschließlich nur die regierungsozialistische Jugendzeitung zur Verfügung, die sie in Ermangelung eines anderen Blattes abonnierte. Lebhaft begrüßt wurde deshalb unsere Jugendrubrik im Mitteilungsblatt. Ich will hier noch einige Zeilen anfügen, die über die Stimmung der Jugend berichten.

In Eisenach rief ich einen vorübergehenden jugendlichen Arbeiter an. Er wollte essen gehen. Aber nun verzichtete er darauf. Schnell ging es zurück zur Werkstatt, zum Bruder, der jetzt Jugendleiter ist. Als er und seine Freunde hörten, daß ein Berliner Jugendgenosse da sei, ging es über den Zaun. Als wenn es galt, einen lang entbehrten Freund aus Kerkermauern zu begrüßen. Dem Meister ließen unsere Freunde bestellen, daß sie heute nicht mehr zur Arbeit kämen. Bald hatten wir Zuwachs. In einem Lokal mußte ich über die Berliner Verhältnisse berichten. Am liebsten wäre

Person in den Zeitungen zu lesen. Seit langer Zeit habe ich aber nichts gelesen, das — soweit meine Person in Betracht kommt — mir wichtiger gewesen wäre, wie die Kunde von der an mir in meiner Abwesenheit vollzogenen Hinrichtung. Was spielen auch persönliche Fragen in dieser weltgeschichtlich bedeutsamen Zeit für eine winzige Rolle!

Einige politische Nachwächter, die der liebe Gott in seinem Jorn zu sozialistischen Journalisten gemacht hat, haben seit Jahren meine Wähler zu überzeugen versucht, daß ich ein schlechter Kerl bin. Und nun haben auch wirklich 51 Männer und Frauen mir ihr Vertrauen entzogen. Auch dieses Schicksal werde ich mit Würde zu tragen wissen.

Ich werde die Drahtzieher, denen ich alles verzeihe, weil ich sie kenne, in ihrer Betätigung — die allerdings verschiedentlich auf eine schwere Schädigung unseres Volkes und besonders der Arbeiterklasse hinausläuft — nicht sünden. Mögen sie weiterhin Prinzipien und Hinrichtungen vornehmen. Ich werde unverdrossen und unermüdet, wie ich es seit dem August 1914 getan habe, für den Frieden wirken und nebenher den Solingern weiterhin behilflich sein in der Beschaffung von Arbeit und allerlei der Industrie nützlichem Material. Ich bin auch darauf gefaßt, daß mir eines Tages eine Solinger Resolution verlesen wird, in der mir Vorwürfe gemacht werden, weil ich mich um Aufträge und Rohmaterial für Solingen bemüht habe; denn das ist ja wohl, wie jeder Leser der „V. A.“ merken kann, revolutionäre Logik: Wenn die Bevölkerung gar nichts zu essen gehabt hätte, wäre längst die Revolution ausgebrochen; der Frieden wäre seit langer Zeit gesichert; die Redaktion der „V. A.“ wäre zur Reichszentrale geworden und ich hinge längst irgendwo an einem Laternenpfahl. Vielleicht haumelst Du an einem schönen Tage des März neben mir. Und dann haben uns die Raben in das Angesicht.“ — Verliere auch Du in dieser schrecklichen Zeit den Humor nicht ganz, um mich brauchst Du nicht zu bangen.

Mit freundlichen Grüßen

Dein Ph. Scheidemann.

Mit einer Burschigkeit, die so viel Papier und Druderschwärze braucht, um ihr Dasein zu beweisen, ist es sicher nicht weit her.

## Groß-Berliner Chronik.

Die Ernährungsschwierigkeiten sind trotz aller Reden und Versprechungen die gleichen. Knappe, allernapfste Rationen, wer viel Geld hat, sucht hinterherum zu kaufen, was er kriegen kann. Am schlimmsten ist es noch mit den Kartoffeln bestellt. In der Woche zum 28. Juli atmete die Bevölkerung Berlins auf, weil ihr 5 Pfund Kartoffeln angekündigt waren. Als aber der Freitag kam, wo die letzten zwei Pfund fällig waren, war es wieder nichts, das nötige Quantum war nicht da. Dagegen wurde angekündigt, daß es ukrainische Eier geben sollte, das Stück für 56 Pf. Was sollen die Leute mit einem Ei für 56 Pf. Und wenn Arbeiter im Hinblick auf diese Preise ein paar Groschen mehr Lohn verlangen, wird auf die hohen Löhne hingewiesen, die eher noch einen Abzug vertragen; eher werden Abzüge angekündigt. Sehr schlecht waren unter anderem die Buchdrucker und die Hilfsarbeiter in diesem Beruf daran. Die Buchdrucker, obwohl die bestorganisierte Gewerkschaft, sind während des Krieges mit ihren Löhnen am meisten zurückgeblieben. Wohl wurden nach langen Verhandlungen hin und wieder einige Teuerungszulagen erreicht, aber sie standen in keinem Verhältnis zu den fortgesetzt steigenden Preisen der Lebensmittel und anderen Bedarfsartikel. Neuerdings ist wiederum eine Teuerungszulage vereinbart worden, aber auch diese, die an zwei Terminen in Kraft treten soll, — die erste vom August ab — stehen auch heute in keinem Verhältnis zu den hohen Preisen für die Lebensmittel. In gar keinem Verhältnis oder in einem trafen Mißverhältnis steht heute das Einkommen der Buchdrucker zu anderen Berufen. Man kann es oft ausprechen hören, daß heute ein ungelerner Arbeiter, selbst ein jugendlicher Arbeiter, ein erhöhteres Einkommen bezieht als ein gelernter Buchdrucker, obwohl letzterer eine starke, vermögende Organisation zur Seite steht. Man mag über das Tarifverhältnis eine Ansicht haben, wie man will, während des Krieges in der Zeit des großen Arbeitermangels sind die Gewerkschaften mit Tarifverhältnis arg ins Hintertreffen gekommen. Das hat sich auch bei den Bauarbeitern sehr deutlich gezeigt. Bemerkenswert ist auch, daß die Entlohnung für geistige Arbeit während des Krieges erheblich hinter anderer zurückgeblieben ist.

Die Fleischversorgung wird auch immer schlechter und wir sind schon darauf vorbereitet worden, daß vom August ab monatlich eine fleischlose Woche ein-

es ihnen gewesen, wenn ich in einer Jugendversammlung in Eisenach gesprochen hätte. Sie bestellten sofort 120 Mitteilungsblätter für ihre Jugend.

In Gotha wurde ich durch die betrübende Mitteilung überrascht, daß sich die dortige Jugendbewegung vor kurzer Zeit aufgelöst hat. Der Grund liegt in der Verhaftung einiger Jugendgenossen. Trotz dieser Vorgänge sind aber einige kampfbereite Jugendgenossen zur Stelle, die jetzt wieder an die Arbeit gehen wollen.

In Weimar fand ich im Volksklub einen Kreis von Jugendlichen vor, der noch der Zentralstelle angeschlossen ist. Aber auch hier fanden sich einige, die unserer Ansicht sind und die Jugendarbeit in unserem Sinne betreiben wollen.

In anderen Orten, wie in Jena und Friedrichroda, konnte ich leider nicht mehr mit der Jugend in Verbindung treten oder nur mit einzelnen Jugendgenossen sprechen. Abschließend kann ich sagen, daß unter der Jugend allerorts oppositionelle Strömungen vorhanden sind. Es gilt nur, diese ins richtige Fahrwasser zu lenken.

gehoben werden soll. Wer Gelegenheit hatte, wohlhinterherum versorgt zu werden und auch in Zukunft diese Aussicht hat, den wird diese fleischlose Woche nicht allzusehr drücken. Aber die große Masse muß sich mit dem ihr zugewiesenen Quantum Fleisch mit diverser Knochenbeilage bescheiden. Immer aber gehen Gerüchte herum, wonach auch bisher schon bestimmte Personen mehr Fleisch zugewiesen erhalten sollen, als gewöhnlichen Sterblichen zugeteilt wird. Solche Gerüchte erhalten durch verschiedene Momente Nahrung.

Die Brotration soll vom 19. August ab wieder erhöht werden. Das wird vorläufig angekündigt, daß die Ration wieder die frühere Höhe haben wird, ist noch nicht sicher. Den Kommunalbehörden sollen zunächst 200 Gramm Mehl mehr zur Verfügung gestellt werden. Auch die frühere Ration reicht noch nicht hin. Dazu kommt, daß die Woche vom 19. August ab eine fleischlose sein wird.

Eine Bestandsfeststellung von Kleidungsstücken soll nun doch erfolgen. Befreit ist nur, wer einen Anzug abgeliefert hat. Wer also von einem Dugend Anzügen einen abgeliefert hat, hat nichts mehr zu fürchten. — Inzwischen ist auch die Beschlagnahme von Fenstervorhängen in Bitterfeld erfolgt. Ein Ablieferungstermin ist noch nicht festgesetzt. Diese Vorhänge sollen zu Wäsche und Kleidungsstücken verarbeitet werden.

## Aus der Zeit.

Ein würdiger Seelenhirt. Aus Kallstadt in Thüringen wurde der „Leipziger Volkszeitung“ folgendes mitgeteilt: Am 22. März des Jahres 1917 starb mein Sohn, der Kriegsfreiwillige E. M. an einer schweren Verwundung im Festungslazarett in Breslau. Die Leiche wurde nach der Heimat überführt. Als ich nun beim Pfarrer Köhler wegen der Beerdigung und der Sterbemesse vorsprach, erklärte mir dieser unwillig: „Das kann ich machen, wie ich will.“ Als meine Frau kurze Zeit danach die Sterbemesse anmeldete, sagte ihr der Pfarrer Köhler die grausamen und herzlosen Worte: „Es ist recht, daß Ihr Sohn gefallen ist; fest und tüchtig muß es euch schmerzen.“ Meine Frau fragte ihn nach dem Grunde dieser schweren Kränkung. Bisher hätten wir uns als christliche Bürger gehalten, denen niemand etwas nachsehen könnte, und die auch ihre Steuern regelmäßig bezahlt hätten. Unser Sohn habe als Soldat seine Pflicht getan und habe zwei Ehrenzeichen erhalten. Darauf erwiderte Pfarrer Köhler, das ginge ihn alles nichts an, aber bei der letzten Wahl seien von Mühlhausen die Sozialdemokraten bei uns gewesen. Meine Frau fragte ihn darauf, ob Sozialdemokraten Bürger mildernden Rechts seien, wo sie doch jetzt auch das Vaterland verteidigen müßten und in mancherlei Ehrenämter gewählt würden. Der Pfarrer Köhler tat diese Frage mit der Antwort ab: „Die Sozialdemokraten sind aber gegen mich.“ Am 24. März 1918 fiel unser zweiter und letzter Sohn, Musketier J. M. Als meine Tochter auch für ihn die Sterbemesse anmelden wollte, rief Pfarrer Köhler die Türe auf und rief: „Fort, fort! Mit Ihren Messen gebe ich mich nicht ab.“ Von der Kanzel ließ er behaupten, der Gefallene sei aus der Kirche ausgeschlossen gewesen, weil er die Sakramente nicht empfangen habe. Das trifft nicht zu. Es wurde ihm mündlich und schriftlich durch Zeugen das Gegenteil bewiesen. Der Pfarrer verbot, zu der Beerdigung zu läuten, obgleich die Kirchenglocken der Gemeinde gehören. Ich habe seinerzeit nach dem Tode meines ersten Sohnes Beschwerde beim Kriegsministerium gegen den Pfarrer geführt. Was darauf erfolgt ist, wurde mir nicht mitgeteilt.

## Literarisches.

Sozialistische Auslandspolitik. (Herausgegeben von Dr. Rud. Breitscheid, unter ständiger Mitwirkung von E. Bernstein, H. Bloch, H. Haase, K. Kautsky, H. Ströbel, u. a. Erscheint wöchentlich einmal.)

Die beiden erschienenen Nr. 31 enthält u. a.: Der Geist des 4. August, von Rud. Breitscheid. Die Besteuerung des Besitzes, von Emanuel Wurm. Rationalität, Nation, Volk (II), von K. Kautsky. Memorandum der Sozialisten der Ententeländer über die Kriegsziele (I). Der Kongreß des französischen Gewerkschaftsbundes.

Die Sozialistische Auslandspolitik kann direkt vom Verlag (Berlin W. 15, Jasanenstr. 58) wie auch durch die Parteibuchhandlungen, die Organisationen und durch die Post bezogen werden. (Postzeitungsliste Nachtrag Nr. 8.) Preis für Deutschland und Oesterreich-Ungarn vierteljährlich vier Mark, für das übrige Ausland fünf Mark.

Verantw. Redakteur: E. Leib; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schicklerstraße 5.

Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.